

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen / Gerhard Ernst</i>	
Deutsch und Dänisch im Grenzland	100
<i>Karl-Friedrich Nonnenbroich</i>	
Die Rolle der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze	110
<i>Eckhard Bodenstein</i>	
Schulfreiheit und Privatschulwesen in Dänemark	117
<i>Wilfried Lagler</i>	
Eine „nationale Landesbibliothek“ in Flensburg?	131
<i>Peter Hopp</i>	
Neubeginn und kritische Rückschau	136
<i>Alexander Scharff</i>	
Zum Verständnis des deutsch-dänischen Konflikts von 1863/64	144
Umschau ab Seite 147	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

Deutsch und dänisch im Grenzland

Zu diesem Thema sprachen Artur Thomsen, Grenzfriedensbund, und Gerhard Ernst, SST, in der dänischen Rønshoved Højskole an der Flensburger Förde. Wir bringen im folgenden — nur unwesentlich gekürzt — die Ausführungen beider Referenten.

Meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, in der Rønshoved Højskole zu sprechen. Leider beherrsche ich die dänische Sprache nicht; aber ein freundlicher Kollege hat meine Rede ins Dänische übersetzt. Wenn Sie es mit mir versuchen wollen, sparen wir die Zeit für einen Dolmetscher. Hoffentlich verstehen Sie, was ich sage. Über die Gelegenheit, aus deutscher Sicht zu dänischen Zuhörern zu sprechen, freue ich mich sehr. Und es spricht für den Veranstalter, daß er beide Seiten zu Wort kommen läßt. — Ich bin ein Deutscher dieses Grenzlandes, bei Flensburg geboren und in Flensburg auf gewachsen. Bis auf wenige Jahre habe ich mein ganzes bisheriges Leben (immerhin schon 55 Jahre) in Flensburg zugebracht. Hier bin ich Lehrer und Schulleiter geworden; hier habe ich Gewerkschafts- und Parteiarbeit, Kommunal- und Grenzlandpolitik gemacht. Seit einigen Jahren bin ich Vorsitzender des Grenzfriedensbundes und Vorstandsmitglied im Deutschen Grenzverein und in der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig. In all diesen Tätigkeiten habe ich viele Leute auf beiden Seiten der Grenze kennengelernt, viele Meinungen gehört und auch für mich einen Standpunkt eingenommen. Ich finde, daß es Deutsche und Dänen heute im ganzen gut miteinander haben, vielleicht nicht so herrlich und wunderbar, wie es klingt, wenn Minister und Präsidenten über das deutsch-dänische Verhältnis reden, aber doch wirklich gut. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Unsere gemeinsame Zugehörigkeit zu den demokratischen Staaten des Westens.
2. Unsere gemeinsame Zugehörigkeit zur NATO und zur EG.
3. Die Einsicht auf beiden Seiten, daß die Grenze von 1920 festliegt.
4. Die Kieler Erklärung von 1949 und die Erklärungen von Bonn und Kopenhagen

1955, wonach das Bekenntnis zu dem einen oder anderen Volk von staatlichen Stellen nicht nachgeprüft oder gar bestritten werden darf, so daß wir heute sagen können: Däne ist, wer will; Deutscher ist, wer will.

Auf der Grundlage dieser Entwicklung ist in den letzten Jahrzehnten ein Klima der Verständigung und Kooperation entstanden, in dem einige sehr erfreuliche und schöne Früchte gedeihen konnten. Als Beispiele nenne ich:

1. Den dänisch-deutschen Deichbau von Emmerlef-Kliff bis zum Hindenburgdamm.
2. Die deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Förde-Kommission zur Reinhaltung der Flensburger Förde.
3. Das Kommunalpolitische Forum, in dem das Amt Sønderjylland mit der Stadt Flensburg und den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland pragmatisch zusammenarbeitet, wenn es um gemeinsam interessierende Fragen geht.
4. Die Flensburger oder die Deutsch-Dänischen Tage, die seit 1954 in Flensburg oder in einer der vier nordschleswigschen Städte Menschen aus beiden Völkern zusammenbringen.
5. Der kulturelle Wettstreit im Grenzland, der zu einer Blüte des Kulturlebens geführt hat. Orchester, Theater, Büchereien, Bildungsstätten aller Art gibt es hier wie kaum in einer vergleichbaren Region unserer Länder.

Die Beispiele mögen genügen. Sie sollen zeigen, daß es seit dem Erwachen des Nationalismus in der Zeit Napoleons wohl noch nie so friedlich und freundlich zwischen Deutschen und Dänen zugegangen ist wie heute. Darin stimmen wir sicher überein. Das ist auch die Basis für die Tisch- und Festreden unserer Politiker und Staatsoberhäupter. Sie haben also sicher recht, wenn sie das deutsch-dänische Verhältnis preisen. Aber es gibt natürlich auch noch ein paar andere Wahrheiten, über die man ruhig sprechen sollte, wenn man sich wirklich objektiv informieren will. Man hat sich hier angewöhnt, von „Irritationen“ zu sprechen, die das Grenzlandklima gelegentlich stören. Von dänischer Seite ist damit z. B. die Erhöhung der Abgeordnetenzahl im Kieler Landtag auf 74 gemeint; im letzten Jahr war besonders die Frage der Zuschüsse für die dänischen Schulen im Lande im Gespräch. Aber von mir erwarten Sie sicher vor allem, daß ich etwas über diese merkwürdige Zeitschrift Slesvigland sage, von der seit 1980 bis jetzt 22 Exemplare erschienen sind, jedesmal über 200 000 Stück. Die Gesamtkosten dürften bisher bei über 5 Mio. DM liegen; das sind ca. 250 000,— DM pro Ausgabe, eher mehr als weniger. Alle Haushalte zwischen der heutigen Grenze und der Südgrenze des alten Herzogtums bekommen das Blatt kostenlos zugestellt, nicht dagegen die Haushalte nördlich der Grenze bis zur Nordgrenze des alten Herzogtums. Slesvigland: das ist nur Südschleswig. Der Spender dieses vielen Geldes ist Traugott Möller, Textilfabrikant in Sønderborg, übrigens ein Sohn des

früheren Flensburger Oberbürgermeisters I. C. Möller. Slesvigland will — das steht so in einigen programmatischen Artikeln — die schleswigsche Identität stärken, ein schleswigisches Bewußtsein schaffen, die schleswigsche Eigenart betonen, den Schleswigern zeigen, was es heißt, ein Schleswiger zu sein. Das Blatt ist nach eigener Aussage für eine wahrheitsgetreue Aufklärung und gegen Geschichtsverfälschungen und wirklichkeitsverzerrende Propaganda. Traugott Möller selbst bekennt sich zu einer gemeinsamen schleswigschen Haltung, schreibt aber im selben Artikel, als Schleswiger sei man automatisch dänisch. Ich finde, das paßt nicht ganz zusammen. Ich finde allerdings auch, daß es eine besondere schleswigsche Identität gar nicht gibt. Hier ist man deutsch oder dänisch, und das kann man frei entscheiden. Wir brauchen daher auch gar nicht die ewige Auseinandersetzung mit Argumenten aus der Geschichte, ob Schleswig nicht eigentlich doch seinem Wesen nach immer dänisch gewesen und überwiegend deutsch erst in neuerer Zeit geworden sei. Wer sich mit dem dänischen Volk und der dänischen Kultur verbunden fühlt, kann ja, ohne Gründe dafür angeben zu müssen, sich als Däne bekennen. Umgekehrt gilt das natürlich auch. Nun steht diese schleswigsche Identität, die Slesvigland bewußt machen will, aber nicht neutral zwischen deutsch und dänisch; schon die Holsteiner werden als wesensfremd abgetan, die so verschieden von uns sind, daß man sogar ihre Kinder in der Schule anders behandeln muß. Das soll ein nicht genannter Schulrat gesagt haben. Und die Opfer der deutschen Kriege von 1870, 1914 und 1939 wären uns erspart worden, wenn wir bei Dänemark geblieben wären. Das sind Einsichten eines nicht genannten Kirchendieners auf einem Dorffriedhof. Dies sind nur Beispiele für das, was „schleswigsche Identität“ meint: nach Süden, zum deutschen Sprachraum hin, möglichst dicht, nach Norden, zum dänischen Volk hin, möglichst offen. So darf denn auch Carsten Boysen, der Vorsitzende der nationalen Friesen, erklären, das dänische Element sei das natürliche und das deutsche das unnatürliche Element im Schleswiger Land. In dieser Tendenz des Blattes erkenne ich ein antideutsches Konzept. Karl Otto Meyer hat mich neulich in einem Leitartikel in Flensburg Avis gefragt, wo ich denn etwas Antideutsches in dem Blatt fände. Vielleicht nimmt er dies als eine Antwort auf seine Frage. Es gibt übrigens auch genügend dänische Stimmen, die sich sehr kritisch mit Slesvigland auseinandersetzen. So sagt Ernst Vollertsen, SSF-Vorsitzender: „Es handelt sich nicht um unsere Identität, die in dieser Zeitschrift angesprochen wird.“ Auch Sigfred Jespersen von Danmarks Radio hält das Schleswigsche, von dem das Blatt spricht, für eine Fiktion, und fragt, was wohl geschehen würde, wenn z. B. Axel Springer Millionen für ein ähnliches Vorhaben mit deutschen Vorzeichen nördlich der Grenze spenden würde. Und „Jydske Tidende“ schreibt ganz klar, daß das Schleswigertum als Hebel in dänisch-schleswigischem Zusammenhang benutzt werde; und „Morgenavisen-Jyllandsposten“ meint, es besteht kein Zweifel,

daß sich der schleswigsche Kurs von Slesvigland nach Norden richtet. Bei solchen Zeugen fühle ich mich berechtigt zu sagen, daß Slesvigland nur das dänische Element fördern will; die Erfindung einer schleswigschen Identität richtet sich gegen das Deutschtum im Lande. Ein eigenständiges Schleswigertum wird auch von namhaften dänischen Sprechern kritisiert. Slesvigland verstößt gegen den Grenzfrieden, wenn es den Menschen hier, die sich deutsch bekennen wollen, zu suggerieren versucht, ihr Wesen sie wie ihre Vergangenheit eigentlich dänisch und nur durch 100 Jahre deutscher Geschichte zugedeckt. Wir sollten es bei der freien persönlichen Entscheidung im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 lassen. Die dort markierten Grundsätze sind gut; und sie sind damals im Interesse der Minderheiten aufgestellt worden, nicht im Interesse der Mehrheiten. Sind es nicht falsche Freunde der dänischen Bevölkerungsgruppe, die solche Grundsätze untergraben? Slesvigland sät Zwietracht zwischen Leuten, die gerade auf dem besten Wege sind, den Streit von gestern zu überwinden. Vielleicht hatte das auch Karl Kring im Auge, der neue Generalsekretär von SSF, als er sagte: „Anstatt, daß ein Millionär so etwas Unnützes wie diese Zeitschrift fördert, sollte er das Geld lieber für eine neue Druckerei für Flensburg Avis oder ein neues SdU-Kursuszentrum geben“ Ich glaube auch, daß der dänischen Minderheit damit mehr geholfen worden wäre. —

Nun kann man das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen wohl nicht beschreiben, wenn man seine Beispiele und Belege nur aus der Gegenwart bezieht. Der historische Aspekt spielt auch eine Rolle, und ich glaube, bei den Dänen viel mehr als bei den Deutschen. Die äußeren Umgangsformen sind meistens freundlich, aber dicht unter der Oberfläche liegt oft noch Mißtrauen und Skepsis den Deutschen gegenüber verborgen. Man spürt es an den Reaktionen, wenn z. B. ein Bauer aus Deutschland einen Hof in Dänemark kauft, wenn eine deutsche Firma ein dänisches Unternehmen erwirbt, wenn ein Volksdeutscher nur durch das Los für kurze Zeit Bürgermeister einer dänischen Gemeinde wird, und bei anderen Gelegenheiten. Das große Nachbarvolk im Süden, jenseits der einzigen Landgrenze Dänemarks, hat im Lebensgefühl der Dänen immer auch bedrohliche Züge. Die Skepsis geht (darin stimme ich Frederik Rudbeck zu) vor allem von zwei geschichtlichen Daten aus: 1940 und 1864, die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im 2. Weltkrieg und der Krieg des Deutschen Bundes gegen Dänemark, der mit der Abtretung Schleswigs an Preußen endete. Das für uns Erstaunliche daran sind gar nicht die Vorbehalte, die daraus gegen die Deutschen hergeleitet werden, sondern die Tatsache, daß diese Ereignisse so lange und so tief nachwirken. Fragen Sie einen Deutschen, was 1864 geschah! Er weiß es nicht; und wer es doch weiß, ordnet das Ereignis in Bismarcks Politik zur Sicherung der Vormacht Preußens in Deutschland ein. Mehr bedeutet es ihm im allgemeinen nicht, und das ist nicht viel; denn Preußen existiert heute ja nicht

mehr. Und der 2. Weltkrieg, der für die Dänen natürlich in erster Linie 5 Jahre Besatzung durch deutsches Militär bedeutet, ist für die Deutschen ein sechsjähriger Kampf in den verschiedensten Ländern Europas und darüberhinaus und schließlich in Deutschland selbst, ein Kampf, der mit der totalen Katastrophe endet, in der sich der einzelne Deutsche am Ende mehr als Opfer, nicht so sehr als Täter sieht. Selbst wenn er die Schuld empfindet, die das deutsche Volk an diesem schrecklichen Kriege leider hat, dann denkt er an die Juden, die Polen, die Russen, deren Opfer und Leiden unbeschreiblich sind, nicht — nehmen Sie mir das bitte nicht übel — zuerst an die Dänen. Auch das Furchtbare, das Böse, das Schlimme hat wohl so etwas wie eine Rangordnung. Jedenfalls ist der Blickwinkel, aus dem wir historische Ereignisse betrachten, verschieden; und darum fallen unsere Wertungen verschieden aus. Ich denke, daß wir mit dem festen Willen, die Einstellung des anderen zu verstehen, auch über die uns gemeinsam betreffende Geschichte reden sollten. Wie wir 1460 beurteilen oder 1848, das können wir doch miteinander vergleichen und dann Schlüsse daraus ziehen, die zur Überwindung der Gegensätze führen. Dasselbe gilt natürlich für die Auseinandersetzungen über die Streitfragen der Gegenwart. Die meisten Deutschen von heute sehen in Dänemark ein liebenswertes, freundliches Nachbarland mit dem unverwechselbaren nordisch-skandinavischen Flair, in dem man sich wohlfühlt und prächtig Urlaub machen kann. Das mag ein bißchen unbedarft sein, aber versuchen Sie doch einmal, das Positive darin zu erkennen: Die Deutschen von 1982 sind nicht mehr die von 1933 oder 1940. Man muß sich nicht vor ihnen fürchten. Sie bedrohen ihre Nachbarn so wenig wie die Dänen das tun. Sie wollen brauchbare Partner und gute Nachbarn sein. So ähnlich hat Willy Brandt das einmal formuliert. Dem schließe ich mich gerne an, auch im Namen des Grenzfriedensbundes, an dessen Namen Sie schon erkennen, wofür wir arbeiten wollen: für den Frieden an der Grenze zwischen Dänen und Deutschen, für Verständigung und gute Nachbarschaft.

Artur Thomsen

*

Vor gut 130 Jahren bekam Dänemark sein Grundgesetz. Durch viele Generationen ist die Lebensanschauung der dänischen Südschleswiger von den Freiheitsprinzipien geprägt worden, die in diesem Grundgesetz verankert sind. Während das dänische Volk in einer gesetzlich verankerten und stabilen parlamentarischen Demokratie leben konnte, verlief die Entwicklung südlich der Grenze unter anderen und wechselnden politischen Verhältnissen, die das Minderheitenleben in Südschleswig entscheidend prägten. Dänische Südschleswiger haben seit 1864 alle denkbaren Phasen erlebt — von systematischer Unterdrückung der Minderheit mit politischer Verfolgung des

Einzelnen bis zu Entspannung und Normalisierung in den Verhältnissen des Zusammenlebens zwischen Deutsch und Dänisch.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hat so den dänischen Südschleswigern bittere und schmerzliche Erfahrungen nicht erspart, hat sie verschiedenen politischen Systemen ausgesetzt, zur Teilnahme an zwei Weltkriegen gezwungen und hart getroffen von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.

Während sich die parlamentarische Demokratie in Dänemark kontinuierlich weiterentwickelte, erlebten die dänischen Südschleswiger ein totalitäres Regime, das 1945 endete. Aber die Gegensätze zwischen Dänisch und Deutsch endeten nicht mit dem Zweiten Weltkrieg. Der Grenzkampf trat nach der Befreiung in eine neue und nahezu kompromißlose Phase ein. U. a. bedeutete die Anwesenheit der vielen Flüchtlinge in unserer Heimat einen besonders negativen Impuls in der nationalpolitischen Auseinandersetzung. Das Leben der Minderheit wurde von dem Flüchtlingsproblem überschattet, das eine wichtige Rolle in der heimatpolitischen Entwicklung spielte.

Seit 1920 und besonders in der Zeit nach 1933 konnte mit Recht von einer antideutschen Haltung bei den meisten Südschleswigern gesprochen werden, die sich zum Dänentum bekannten. Die deutsche Herausforderung rief eine Protesthaltung hervor, die den Sympathien für das Deutsche keinen nennenswerten Platz ließ. Die Überbevölkerung in dem relativ kleinen Grenzland veränderte Südschlewigs soziale, wirtschaftliche und politische Struktur so stark, daß die Integration der Flüchtlinge in die Heimatbevölkerung weitreichende Konsequenzen für die Situation der Minderheit bekam, denn die Flüchtlinge waren für die Deutschen im Landesteil eine willkommene Unterstützung im nationalen Grenzkampf. Außerdem war die britische Militärmacht mit den Minderheitenproblemen nicht vertraut. Das führte dazu, daß die Besatzungsmacht sich mit den deutschen Unterinstanzen beriet, die so die Entscheidungen der Engländer zuungunsten der Dänen beeinflussen.

Dies ist nur ein kleiner Teil des Hintergrundes für das gegenwärtige Wirken der Minderheit. Aber wenn das gesagt ist, muß man gerechterweise hinzufügen, daß man auch auf deutscher Seite die schwierigen Verhältnisse anerkennt, unter denen die dänische Minderheit in diesem dunklen Kapitel der neueren Geschichte des Grenzlandes gelebt hat. Entspannung und Normalisierung in den staatspolitischen Verhältnissen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland sowie die stabilen politischen Verhältnisse beiderseits der Grenze schufen einen neuen politischen Abschnitt, in dem die Kräfte des nationalen Kampfes im Grenzland befriedet sind, besonders nach den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955. Die friedlichen Verhältnisse haben auch die antideutsche Haltung der Minderheit verringert.

Aber der Weg zur Befriedung der Verhältnisse im Grenzland war lang und

schwierig. Innerhalb der Minderheit machten sich gegensätzliche Auffassungen geltend, besonders nachdem der Front-og-Bro-Kreis junger dänisch gesinnter Akademiker in der Mitte der 50er Jahre eine neue Phase proklamierte, die auf einer aktuellen kulturpolitischen Anschauung basierte. Nicht länger Kampfpöhlen, sondern Appelle an eine friedliche Koexistenz prägten das Leben in Südschleswig. Aber vielen der alten Vorkämpfer des Grenzlandes fiel es schwer, sich mit der neuen Zeit abzufinden, die ihrer Meinung nach zu früh Versöhnungsbestrebungen ankündigte, auf künstliche Weise die scharfen Gegensätze zwischen Dänisch und Deutsch wegzuschleifte, die es nach 12 Jahren nazistischen Gewaltregimes im Grenzland noch immer gab. Für die ältere Generation heute bedeutet die nationalpolitische Kampfzeit der dreißiger und vierziger Jahre verständlicherweise mehr als nur ein Kapitel in der tausendjährigen Geschichte der Heimat. Sie war noch immer lebendige Vergangenheit, die nicht in Geschichtsbücher weggesteckt werden konnte, wo ihnen nur noch ein Platz als Fußnote blieb.

Der realitätsbetonte Kurs setzte sich doch rasch in der Minderheitenarbeit durch — vor dem Hintergrund der Absichtserklärungen, die dem Dänentum erträgliche Arbeitsverhältnisse sicherte. Diese Erklärungen wurden vom Zeitgeist möglich gemacht, dessen Kräfte für europäische Zusammenarbeit auf fast allen wesentlichen Gebieten wirkten. Beide Minderheiten — die deutsche in Nordschleswig und die dänische in Südschleswig — profitierten von der Aufbruchstimmung zu einem vereinten Europa, das damals das Motto war. Dies führte dazu, daß engstirnige Haltungen revidiert wurden und völkerverbindendes Denken Platz griff. Heute kann man feststellen, daß die offizielle Haltung der Staatsmächte gegenüber den Minderheiten zwischen Königsau und Eider voll mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen übereinstimmt. Dies ist die positivste Entwicklung, die das Dänentum in der langen konfliktreichen Geschichte des Grenzlandes erlebt hat. Niemand — auch die einflußreichsten Politiker nicht — kann den Südschleswigern die täglichen Herausforderungen abnehmen. Die Aufgaben, die das Dänentum lösen muß, werden immer sehr verschiedene Gegenreaktionen bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung hervorrufen. Anders kann es gar nicht sein. Es gibt in der Wechselwirkung zwischen Dänisch und Deutsch genügend Irritationsmomente. So muß man immer wieder erleben, daß es Deutsche gibt, die nicht verstehen, daß wir dänischen Südschleswiger uns nicht als Gäste in unserer Heimat betrachten wollen. Südschleswig ist für uns nicht ein Gastland, in dem das Dänentum Gaststatus hat. Die dänische Volksgruppe, die staatspolitisch ein integrierter Teil der Heimatbevölkerung mit allen Rechten und Pflichten eines deutschen Staatsbürgers im Grenzland ist, fordert die Gleichstellung auf allen Gebieten. Oft genug haben wir Dänen den Deutschen gegenüber deutlich machen müssen, daß die Minderheit historisch in der südjütischen Bevölkerung verwurzelt ist. Deshalb ist es eine logische Konsequenz,

daß das Dänentum aus diesen Voraussetzungen heraus wünscht, seine natürlichen Besonderheiten volklicher, kultureller und sprachlicher Art zu bewahren.

Zu allererst wollen wir in einem Kulturkreis leben, der auf jede Art und Weise der volklichen Lebensform und dem Menschenbild des Mutterlandes entspricht, und die lebendigen Verbindungen mit unseren Landsleuten nördlich der Grenze vertiefen. An zweiter Stelle wollen wir mit der deutschen Bevölkerung des Grenzlandes Seite an Seite leben.

Aber gute Nachbarschaft muß bekanntlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Hier fehlt meiner Meinung nach auf deutscher Seite das volle Verständnis für unsere Wünsche. Dies gilt hinsichtlich der deutschen Haltung zu unserer berechtigten Forderung nach wirtschaftlicher Gleichstellung, die die Kieler Regierung nach wiederholten Anträgen vom SSW bis jetzt abgelehnt hat. Ihre Begründung ist die schwierige Finanzlage des Landes. Man beschuldigt uns, Unruhe im Grenzland zu schaffen. So lange die Minderheit sich in einer Phase des Rückganges — besonders in politischer Hinsicht — befand, spürten wir das Wohlwollen, den Respekt und die Toleranz der Deutschen. So lange wir keine wirkliche Gefahr für die Deutschen waren, war alles eitel Frieden und Idylle. Aber seit den guten Resultaten der letzten Jahre und besonders den Stimmengewinnen bei den letzten Wahlen war die deutsche Reaktion weniger positiv. Deutsche Grenzlandpolitiker haben den steigenden Einfluß der Dänen als politischen Faktor mit einer Mischung aus Unruhe und Unwillen registriert. Dafür kann man Verständnis haben. Am liebsten sieht man seinen Gegner in einer schwachen Position. Auch die Kieler Landesregierung reagierte nach der Landtagswahl 1979, indem sie mit ihrer knappen Mehrheit im Landtag ein Wahlrechtsreform durchführte. Diese Änderung tritt bei der nächsten Landtagswahl 1983 in Kraft. Als Helmut Schmidt während seines Besuches bei den Dänen in Flensburg 1978 uns eine gute Landtagswahl wünschte, löste sein spontaner Wunsch bei den Deutschen Kritik aus. Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) kritisierte in einem offenen Brief die Handlungsweise des Kanzlers. Auch die neu erschienene Zeitschrift „Slesvigland“, die seit 1980 mit acht Nummern jährlich gratis an alle Haushalte in Südschleswig verschickt wird — alle Artikel sind zweisprachig verfaßt —, hat Ärger und Verbitterung bei den deutschen Heimatpolitikern geweckt. Es ist jedoch nicht die Minderheit, sondern ein Privatmann in Sønderborg, der die alleinige Verantwortung für die Zeitschrift hat. Diese Tatsache hat die deutschen Heimatpolitiker jedoch nicht von kritischen Äußerungen an die Adresse der Minderheit abgehalten. Natürlich konnte man vorhersehen, daß man in deutschen Kreisen und den Grenzlandorganisationen negativ auf die Herausgabe dieser Publikation reagieren würde. Aber wir waren doch etwas überrascht über die zeitweise überaus heftigen Reaktionen, die die Schrift auf deutscher Seite

auslöste. Aber da wir in einem demokratischen Staat mit Pressefreiheit leben, ist „Slesvigland“ eine völlig legitime Angelegenheit. Das haben die Deutschen auch — wenn auch zähneknirschend — anerkennen müssen, aber es wurden viele und eigenartige Kommentare abgefeuert. Man sprach von einer „bedenklichen dänischen Kulturoffensive“ mit dem Ziel, Schleswig und Holstein zu spalten und eine neue Danisierung Südschlewigs einzuleiten. Ein anderer deutscher Kommentar meinte, „Slesvigland“ mache sich der Geschichtsklitterung schuldig. Meiner Meinung nach ist es gut, daß das deutsche Unterrichtsmonopol auf geschichtlichem Gebiet gebrochen wurde. „Slesvigland“ ist keine Kampfschrift, sondern eine nüchterne Publikation, die einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsvermittlung im Grenzland leistet, obwohl die kulturelle Organisation „Südschlewischer Verein“ der These der Zeitschrift von einer schleswigschen Identität nicht zustimmt. Der SSV macht darauf aufmerksam, daß die Minderheitenarbeit ein dänisches Ziel hat.

Die deutsche Heimatbevölkerung kannte bisher nur die deutsche Geschichtsauffassung. Durch „Slesvigland“ hat sie jetzt auch die Möglichkeit, die Geschichte aus dänischer Sicht dargelegt zu bekommen. Das betrachte ich als eine ausgezeichnete Sache.

Wenn Artur Thomsen, der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, auf einer Mitgliederversammlung im Mai 1982 laut Bericht im Flensburger Tageblatt sagte, daß „der Frieden im Grenzland jeden Tag neu gewonnen und gesichert werden muß“, kann ich ihm nicht widersprechen. Es muß im Interesse beider Seiten sein, die möglichst besten Voraussetzungen für eine friedliche Nachbarschaft von Dänisch und Deutsch zu schaffen. Aber wenn er zugleich in seinem Bericht bei obengenanntem Treffen „Slesvigland“ als eine Zeitschrift kritisiert, die „einseitig dänische Interessen vertritt, die nicht dem Frieden dient, sondern Differenzen verstärkt“, und daß ihn an der Zeitschrift nicht das dänische Element stört, sondern das antideutsche Konzept, dann kann ich ihm beim besten Willen nicht folgen. Mir fehlt der Beweis für das behauptete antideutsche Konzept dieses Blattes. Diesen Beweis haben Artur Thomsen oder andere deutsche Kritiker bis heute nicht vorgelegt. Ich kann auch nach gründlicher Analyse keine antideutsche Linie in der Zeitschrift finden.

Übrigens ist es meiner Meinung nach ausgezeichnet, einen Dialog über kontroverse Themen zwischen deutschen und dänischen Kreisen im Grenzland zu führen, auch wenn er zeitweise mit unversöhnlicher Polemik belastet wird. Es schadet nicht, wenn wir uns gegenseitig wachhalten im Grenzland.

Bedenklicher wird es, wenn wir Dänen bei besonderen Gelegenheiten ignoriert werden, bei denen gemeinsame deutsch-dänische Verdienste hervorgehoben werden. So konnte man vor einigen Jahren in Kiel bei einer Feier aus Anlaß des 25. Jahrestages der Bonn-Kopenhagener Erklärungen in der gedruckten

Einladung von „einer menschenwürdigen Politik gegenüber einer fremden Volksgruppe“ lesen und von „Großmut gegenüber der Minderheit“. Wir hatten eigentlich gedacht, daß solche Worte aus dem deutschen Wortschatz im Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit gestrichen seien, wenn man heute von einem „Modellfall“ hier an der Grenze spricht. Fehlende Gleichberechtigung bei den Zuschüssen und die Begründung für die schleswig-holsteinische Wahlrechtsänderung sind ja nicht gerade Ausdruck von „Großmut“. Solange man uns Dänen in unserer eigenen Heimat als „fremde Volksgruppe“ betrachtet, sind die Ziele der Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht ganz erreicht. Außerdem stellten wir mit großer Verwunderung fest, daß man bei jener Feier in Kiel die „deutschen Väter“ eingeladen, aber die dänischen Väter der Erklärungen offenbar vergessen hatte.

Dieses Beispiel ist symptomatisch für eine Haltung, die es leider immer noch gibt im Grenzland, wenn auch nicht mehr mit derselben nationalpolitischen Dominanz wie in den dunklen Tagen des kalten Krieges. Das ist ein Paradox, mit dem wir Dänen wohl leben können. Aber es wäre besser, wenn man von deutscher Seite aus unseren Status als dänischer Bevölkerungsteil voll und ganz anerkennen würde, und diese Anerkennung ihren Niederschlag in der Praxis des Alltags finden ließe.

Aber nachdem das gesagt ist, will ich gleichzeitig anfügen, daß das Demokratieverständnis der Dänen auch die parlamentarischen Spielregeln der deutschen Demokratie umfassen muß. Deutsche Mehrheitsbeschlüsse in Parlamenten, die unseren Forderungen widersprechen, dürfen uns nicht dazu verleiten, die bundesdeutsche Demokratie und ihre Vertreter dauernd in Zweifel zu ziehen. Konfrontation mit den Deutschen ja, aber zu fairen Bedingungen.

Lassen Sie mich zum Schluß unterstreichen, daß wir eine gute Nachbarschaft zur deutschen Mehrheitsbevölkerung erreichen wollen. Aber gleichzeitig werden wir alle legitimen Möglichkeiten — die organisatorischen, die rechtlichen sowohl als die parlamentarischen — benutzen, uns im gesellschaftlichen Leben auf gleiche Stufe mit jedem anderen Bürger zu stellen. Wir müssen eine Verantwortung tragen und haben deshalb das Recht und die Pflicht, auf die Entwicklung in unserer Heimat Einfluß zu nehmen.

Gerhard Ernst

Die Rolle der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze

In einer Rede vor CDA-Mitgliedern in Schleswig führte der Referent u. a. aus:

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einem Bekenntnis beginnen: Ich halte die deutsche und die dänische Minderheit im Grenzland für außerordentlich wichtig und positiv und hoffe, daß die Dänen nördlich der Grenze und die Deutschen südlich noch möglichst lange von ihnen profitieren. Mit besonderer Betonung lege ich Wert auf das Wort „profitieren“, denn es ist meine feste Überzeugung, daß wir alle von der Existenz der Minderheiten einen Gewinn haben. Dieser liegt nach meiner Ansicht auf folgenden Gebieten:

1.

Durch die Minderheiten nördlich und südlich der Grenze werden Deutsche und Dänen ständig mit dem Denken, der Kultur, der Sprache, der Politik, aber auch mit den Vorurteilen, den Abneigungen, den Fehlern und Schwächen des Nachbarn konfrontiert. Unsere beiden Minderheiten bilden so gesehen ein für den jeweiligen Herbergsstaat positives Unruhefeld, das der Bequemlichkeit, der Nichtbeachtung, der Gleichgültigkeit entgegenwirkt.

2.

Als einen besonderen Gewinn für unsere Grenzregion betrachte ich die historische Entwicklung der Minderheiten seit der Abstimmung 1920. Beide Minderheiten waren zunächst von einem irredentistischen Geist erfüllt, d. h., sie wollten die in demokratischer Abstimmung entstandene Grenze zunächst nicht anerkennen. Ich wage die Behauptung, daß es in der dänischen Minderheit noch Kreise gibt, die von der Eidergrenze träumen, und die sich durch ein Blättchen wie Slesvigland auch noch in dieser Hoffnung bestätigt fühlen. Hier hört für mich kultureller Wettbewerb auf, und die politische Kampagne beginnt. Wir sollten sie mit Gelassenheit und Wachsamkeit anschauen und dort, wo Grenzen überschritten werden, die nicht zur Disposition stehen, geziemend, sachlich und deutlich beantworten. Für die Führung beider Minderheiten aber gilt eindeutig: Sie arbeiten loyal, engagiert und manchmal kontrovers zur Mehrheitsmeinung in gesellschaftlichen und staatlichen Gremien mit, auch wenn man manchmal südlich der Grenze einen „Regionalismus des Denkens“ zu verspüren meint. Vielleicht geht dies dem engagierten Dänen im Königreich oftmals ähnlich. Dennoch, dieser

Gedankenaustausch herüber und hinüber, die ständige Aufmerksamkeit, die man sich schenkt, die Unruhe, die von Forderungen, Angriffen und Beifall ausgeht, dies alles hat eine Sensibilität im Grenzland hervorgerufen, die ich als außerordentlich positiv einschätze. Die Feindschaft vergangener Jahre, die bössartige Kontroverse, das „Nicht-miteinander-reden-wollen“, dies alles ist einer engagierten Nachbarschaft gewichen; zugegeben einer kritischen, aber sachliche Kritik fördert das Verstehen.

3.

Von Nicht-Kennern, leider aber auch von einigen Kennern der Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzraum wird beiden Minderheiten vorgeworfen, sie förderten durch ihr bloßes Vorhandensein einen starken Provinzialismus, eine Engstirnigkeit, eine Primitivität des Denkens, die in einem simplen „Gut-Böse-Schema“ gipfele. Also, alles was „Deutsch“ ist, ist gut, alles, was „Dänisch“ ist, muß abgelehnt werden, und umgekehrt. Dies scheint mir eine Darstellung zu sein, die für die Zeit der „Heim-ins-Reich“-Bewegung oder der „Los-von-Deutschland“-Bewegung hätte zugeordnet werden können. Selbstverständlich findet man solch primitiv-platte Bewertungen auch heute in Einzelfällen. Entscheidend scheint mir in diesem Zusammenhang etwas anderes zu sein: Dadurch, daß man sehr genau beobachtet, daß man ständig erlebt, wie der dänische Nachbar handelt, welche Motive ihn leiten, wird man zur Stellungnahme, zum eigenen Urteil, zum Abwägen, zur Auseinandersetzung gezwungen. Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen: In einer Gemeinderatssitzung eines Ortes im Kreis Schleswig-Flensburg stellt der SSW-Vertreter den Antrag, die Gemeinde möge einen Zuschuß zum neu errichteten dänischen Kindergarten bewilligen. Die Erörterung dieses Themas läßt neben sachlichen Beiträgen oftmals auch Vorurteile durchschimmern: „Warum benötigen wir ausgerechnet in unserer Gemeinde auch noch einen dänischen Kindergarten? Die können doch auch ihre Kinder in den kirchlichen schicken!“ Diese Vorurteile sind trotz der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 noch immer nicht ausgerottet, und es gibt sie südlich und nördlich der Grenze. Abgebaut werden können sie nur durch beharrliche, sachliche Argumentation. Und wenn wir den Ausgleich im Grenzland, das Miteinander und nicht das Gegeneinander wollen, sollten wir uns immer der sachlichen Auseinandersetzung und der Achtung vor der Meinung des anderen bedienen. Ausrutscher gibt es — leider — heute immer noch! Lassen Sie mich bitte in einem weiteren Abschnitt versuchen, etwas zur Situation der Minderheiten selbst zu sagen.

Warum ist es heute noch attraktiv, sich in Nordschleswig als Deutscher zu bekennen? Was heißt das eigentlich, als Angehöriger der deutschen Volksgruppe in Apenrade oder Hadersleben zu wohnen und zu leben?

Mit ihrer Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen König und dem dänischen Staat haben die deutschen Nordschleswiger auf jede Veränderung der bestehenden Grenze verzichtet und ein staatsbürgerliches Treuebekenntnis abgelegt. Nach vielen Jahren der durch Krieg und die deutsche Besatzungspolitik bedingten Feindschaft des dänischen Volkes ist es heute zu einem für alle erträglichen Miteinander gekommen. Erschreckend für mich und der demokratischen Haltung der Parteien in Dänemark nicht sehr zuträglich sind zwei Vorgänge, die vor allem jüngere Menschen beiderseits der Grenze erschreckt haben.

Wenn man heute einen Menschen bei der Kandidatenaufstellung benachteiligt und ablehnt, weil sein Vater führender Nazi in Nordschleswig gewesen ist, so nenne ich dies schlicht Sippenhaftung. Dies war der Verständigung zwischen deutsch und dänisch mehr als abträglich. Es zeugt von Intoleranz und kleinkariertem Denken. Ein anderes Mitglied des Bundes deutscher Nordschleswiger konnte ebenfalls in der Zusammenarbeit mit einer dänischen Partei nicht als Kandidat aufgestellt werden, weil er als 17jähriger (!) zur Waffen-SS eingezogen worden war, sich aber in dieser Funktion bestimmt keiner Verfehlung schuldig gemacht hatte.

Beide Vorfälle zeigen noch heute ein merkwürdiges, von massiven Vorurteilen durchsetztes Verhalten vieler Dänen, das auf einen unbefangenen Beobachter zumindest eigenartig wirkt. Aber ich betone ausdrücklich, dies ist nicht die Norm! Im täglichen Umgang kann ein faires, sachliches Verhalten praktiziert und festgehalten werden. Was aber reizt denn nun einen deutschen Nordschleswiger, deutsch zu sein? Ich glaube, als Außenstehender festgestellt zu haben, daß Kultur, Sprache und Tradition dabei eine erhebliche Rolle spielen. Es ist ohne Zweifel von Vorteil, in einem Grenzland zweisprachig — mit Sønderjysk dreisprachig — aufzuwachsen. Durch Sprache, Elternhaus, Umgebung und Schule lernt man frühzeitig, seine Umwelt nicht nur einheitlich zu betrachten. Man differenziert, wägt und urteilt anders. Hinzu kommt die Heimatsprache, die Dichtung, die Musik, das Theater, das Vereinsleben (— in Nordschleswig ein ganz bedeutender Faktor! —), kurz das Bewußtsein, in vielen Bereichen anders leben zu wollen als die Umwelt. Auf der anderen Seite stehen vielleicht die Nachbarn, die dänischen Freunde, die Mitarbeit in privaten und staatlichen Gremien. Deutscher Nordschleswiger zu sein heißt, in einer relativ kleinen Gemeinschaft die deutsche Sprache und Kultur zu pflegen, sich in einem breitgefächerten Vereinsleben wohlfühlen, die Aufrechterhaltung und Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindungen zum deutschen Volk, gleichwohl aber die Mitwirkung an den gesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des dänischen Staates zu wollen und zu betreiben. Dies ist für junge Menschen nicht immer ganz leicht. Das was die Älteren als Selbstverständlichkeit betrachteten, wird von vielen jungen

Menschen in Nordschleswig kritisch hinterfragt. Und ich glaube, das ist auch gut so. Erst durch ständiges Bemühen, durch das Ringen um Standpunkte können junge Menschen engagierte Mitglieder der deutschen Volksgruppe werden. Es ist ja viel leichter, oder sollte ich sagen bequemer, sich zu einem Staatswesen zu bekennen, das als sehr demokratisch, sehr wohlfahrtsstaatlich, tolerant und friedlich gilt, als durch ständiges eigenes Bemühen einen eigenständigen kulturellen Beitrag zu leisten, sich in einem deutschen Verein aktiv zu beteiligen, eine andere Sprache zu sprechen, kurz anders als dänisch, nämlich deutsch zu sein. Deshalb verstehe ich das Problem der Führung des Bundes deutscher Nordschleswiger, sich besonders um die Jugend zu kümmern, sich ihr als attraktiv darzustellen. In einer Untersuchung stellte sich heraus, daß Jugendliche, die durch ihre Vereinsarbeit täglich Kontakt mit der deutschen Volksgruppe haben, auch wie selbstverständlich Vertreter der Slesvigs Parti bei Wahlen unterstützen. Neben der Erhaltung der eigenen Identität wollen die deutschen Nordschleswiger zugleich als Vermittler zwischen deutscher und dänischer Kultur tätig sein. Dieser Auftrag bedeutet keine Mission, betonte der Vorsitzende der deutschen Volksgruppe, Gerhard Schmidt, sondern ein Bekenntnis zur deutschen Kultur und zur Toleranz für den anderen. Wörtlich sagte er: „Wir wollen keine Grenzverschiebung, wir wollen in unserer Heimat leben, auch als Deutsche!“ Dem ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie mich als Außenstehenden, aber wohlwollenden Beobachter, auch etwas zur dänischen Minderheit sagen, und lassen Sie mich hier mit einem Bekenntnis beginnen. Ich habe es nicht nur für schädlich, sondern für sachlich falsch gehalten, wenn von deutscher Seite nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den „Speckdänen“ gesprochen wurde. Nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen ist ja Gottseidank dieses Thema der „Motivforschung“ vom Tisch.

Das Anwachsen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig hatte nach dem Kriege in nur ganz geringem Ausmaß mit der materiellen Unterstützung durch Dänemark zu tun. Für viele Deutsche waren die eigene politische Situation bei Kriegsende, die vergangenen Jahre der Hitler-Diktatur, die Greuel des Krieges und der Bombennächte, und auf der anderen Seite das friedliche Dänemark mit seinem demokratischen Wohlfahrtsstaatssystem und seinem Reichtum Vergleiche, die Dänemark und die dänische Minderheit mit ihrer Forderung nach Loslösung des Landes teils Schleswig von Holstein als einzige Garanten einer menschenwürdigen Zukunft erscheinen ließen. Von daher ist, so glaube ich, das Ansteigen der dänischen Minderheit auf eine Wählerzahl von 99 500 im Jahre 1947 zu erklären. Das für mich außerordentlich Problematische von Sydslesvigs Forening und SSW war die Forderung, den Landesteil Schleswig von Holstein abzutrennen, um ihn später an Dänemark anzuschließen. Dies ist ein klar

irredentistisches Verhalten, das lange das Klima in Schleswig-Holstein belastete. Heute, und das soll klar ausgesprochen werden, arbeitet die dänische Minderheit loyal mit in der Politik und an den gesellschaftlichen Aufgaben unseres Landes. Ich betrachte sie, wenn ich auch mit vielen ihrer politischen Äußerungen überhaupt nicht einverstanden bin, als einen Farbtupfer, manchmal auch als Irritationsmoment, das einem kulturellen Wettbewerb nur förderlich ist. Ich halte es für fair und richtig, daß die Partei der dänischen Minderheit, der SSW, von der 5%-Klausel ausgenommen ist, daß der Abgeordnete K. O. Meyer als Einzelner den Fraktionsstatus im Landtag besitzt. Das Land Schleswig-Holstein sollte — nach seiner Finanzkraft selbstverständlich — die dänische Minderheit, wo immer es geht, finanziell unterstützen, um zweierlei zu beweisen:

- a) daß man für eine zweckfreie finanzielle Förderung einer nationalen Minderheit eintritt, um die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern
und
- b) daß der Begriff der Gegenseitigkeit im Grenzland, wie er besonders von Friedrich-Wilhelm Lübke geprägt wurde, seine besondere Gültigkeit behält. Das, was man für die eigene Minderheit nördlich der Grenze erwartet, soll man südlich großzügig gewähren.

Denn, so betonte Ernst Meyer vom SSW vor kurzem, in einer nationalen Minderheit kann man von der Wiege bis zur Bahre sein, vollständig betreut und engagiert, aber das kostet Geld! Ein großzügiger Umgang mit Minderheiten ist immer auch ein Zeichen für ein fortgeschrittenes Demokratieverständnis des Herbergstaates. So gesehen bezeugen die Bonn-Kopenhagener Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks nicht nur den besten Willen, sondern ein erhebliches Maß an Weitblick, sachgerecht mit Minderheiten umzugehen.

Doch zurück zur dänischen Minderheit. Ein reiches Kultur- und Vereinsleben, ein eigenes blühendes Schulwesen, Sozialdienste, und was an Organisationen noch vorhanden ist — die Minderheit macht einen „gesunden“ Eindruck. Selbstverständlich könnte man von allem noch etwas mehr haben, aber es ist — zumindest für den Außenstehenden — alles wohlgeordnet. Es gibt Konflikte im Landtag — meist mit der CDU und der Landesregierung —, aber mancher dieser Konflikte erscheint überflüssig. Also gibt es für die dänische Minderheit eine heile Welt?

Wie mir ein guter Freund vor einigen Tagen mitteilte, scheint dies für viele so zu sein. Dennoch gibt es Anlaß zur Sorge, auch zur politischen Sorge. Und zwar glaubt man in der Führungsspitze der Minderheit zu erkennen, daß sich die jungen Minderheitenangehörigen verstärkt nicht nur ökologischen Themen, sondern auch der ökologischen Bewegung zuwenden. Man versucht das aufzufangen, indem man selbst verstärkt Umweltprobleme des Landesteils anspricht, aber man sieht auf Seiten der Älteren die Gefahr, daß große Teile der Jugend sich politisch vom

SSW abwenden und den Grünen zuwenden. Hierbei spielt eine soziologische Tatsache eine bemerkenswerte Rolle, auf die in einigen Veröffentlichungen bereits eingegangen wurde: Die soziologische Struktur der SPD-Wähler und SSW-Wähler ist außerordentlich ähnlich. Sollte die SPD bei kommenden Wahlen starke Verluste an die Grünen haben, wird befürchtet, daß Ähnliches für den SSW eintreten kann. Es gibt für die dänische Minderheit wie für die deutsche ein gleiches Problem: Die Jugend muß überzeugt werden, daß es wertvoll ist, Mitglied der Minderheit zu sein und sich vor allem auch in ihr und für sie zu engagieren. Tradition allein reicht heute nicht mehr aus, um junge Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Die dänische Minderheit hat es aber auf diesem Gebiet etwas leichter als die deutsche. Seit einigen Jahren hat sie steigende Schülerzahlen in ihrem hervorragend ausgebauten Schulsystem; es bleibt aber die Schwierigkeit, die Schüler nach Abschluß des Schulbesuchs auch im Landesteil zu behalten. Viele gehen nach Dänemark oder in die Bundesrepublik und verbleiben dann dort. Diese Probleme sind nördlich und südlich der Grenze ähnlich. Auch die deutsche Minderheit hat Schwierigkeiten, junge Menschen nach Abschluß ihrer Berufsausbildung wieder nach Nordschleswig zu holen. Besonders problematisch für junge Mitglieder der Minderheit ist „das Kochen im eigenen Saft“. Lassen Sie mich diese Gefahr, die sicherlich für beide Volksgruppen gilt, hier einmal offen ansprechen. Da Minderheiten als zahlenmäßig kleine Gruppe das Leben in den Organisationen der Volksgruppen selbst gestalten müssen, ist die Gefahr der „Multifunktionalität“ natürlich außerordentlich groß. Der Lehrer X aus Apenrade ist zugleich Vorsitzender des Rudervereins, arbeitet aktiv im Deutschen Schul- und Sprachverein mit, leitet eine Theatergruppe auf dem Jugendhof Knivsberg, ist im Aufsichtsgremium des Deutschen Büchereiwesens und Kandidat der Slesvigs Parti für die Wahlen zum Kommunalparlament. Ein Lehrer Y läßt sich im anderen Fall südlich der Grenze ebenfalls konstruieren. Ich möchte mit dieser Darstellung ganz bestimmt nicht die Aktivität und das Engagement der besonders Aktiven oder gar der Lehrer südlich und nördlich der Grenze kritisieren; wir können im Gegenteil froh sein, daß ein solches Engagement vorhanden ist. Die Gefährdung liegt meiner Ansicht nach darin, daß die Minderheiten es als produktiv ansehen könnten, sich nur mit ihren eigenen Problemen zu befassen und bei aller Aktivität die Welt um sie herum nur nach den eigenen Anschauungen zu betrachten und zu bewerten. Dadurch entsteht zu leicht eine gewisse Realitätsferne und die Besinnung auf das eigene „Schneckenhaus“. Ich fühle mich nicht dazu berufen, den Minderheiten Ratschläge zu geben; in Gesprächen habe ich nur immer versucht, darauf hinzuwirken, daß sie offen bleiben, daß sie sich mit den Geschicken Schleswig-Holsteins, der Bundesrepublik und Dänemarks befassen und nicht nur mit Dänemark oder Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik. Außerordentlich wichtig finde ich, daß die CDA des Kreises Schleswig-Flensburg die Initiative

ergriffen hat, die eigenen Mitglieder mit den Sorgen und Problemen, aber auch der Geisteshaltung beider Minderheiten zu konfrontieren. Das Herüber und Hinüber über die Grenze muß zur Selbstverständlichkeit werden. Für die CDU, SPD und FDP sollte gelten, daß sie nicht nur auf der Ebene der Spitzenpolitiker mit BdN und SSF Zusammentreffen, sondern daß die parteipolitischen Aktivbürger regelmäßig von sich aus den Kontakt nach Nord- und Südschleswig suchen. Das Verständnis füreinander wird in dem Maße wachsen, wie wir es als Selbstverständlichkeit betrachten, gegenseitig die Sorgen und Probleme miteinander zu besprechen. Und bei den Minderheiten wird das Verständnis dafür wachsen, daß nicht mehr jeder finanzielle Wunsch in Erfüllung geht, wenn man von unserer Seite unsere Probleme offen auf den Tisch legt. Geben wir der Brücke von Süd nach Nord und umgekehrt ein stabiles Fundament, das nicht nur auf Geld, sondern vielmehr auf Toleranz, menschlichem Miteinander, Verständnis und Fairneß beruht. Die Minderheiten als die Pfeiler dieser Brücke müssen gewartet und gepflegt, aber nicht nur gefüttert werden. Ständige Kontaktsuche von beiden Seiten und mit beiden Minderheiten ist für alle Menschen, nicht nur im Grenzland, wichtig und wertvoll.

Schulfreiheit und Privatschulwesen in Dänemark

Relikt der Vergangenheit oder Modell für die Zukunft?

1. Einleitung

Deutsche Besucher sind immer wieder erstaunt über die Größe und Vielfalt des dänischen Privatschulwesens; dieses umfaßt drei Hauptbereiche:

- ca. 280 Grund- und Hauptschulen („friskoler“);
- ca. 130 Nachschulen („efterskoler“);
- ca. 80 Heimvolkshochschulen („højskoler“).

Hinzu kommen einige private Gymnasien und „realskoler“ sowie ein privates Lehrerseminar und die in Deutschland weit bekannten und bei der jungen Generation beliebten „Tvind“-Schulen. Alles in allem stellt dies ein imponierendes alternatives Schulsystem dar, das es ermöglicht, sich dem staatlichen Bildungsangebot (und -anspruch) weitgehend zu entziehen.

Die „friskoler“ decken ganz oder teilweise den Bereich der staatlichen „folkeskole“ ab, die etwa unserer integrierten Gesamtschule (ohne gymnasiale Oberstufe) entspricht. An den Internatsschulen der „efterskoler“ verbringen Jugendliche meist das obligatorische 9. und/oder das freiwillige 10. Schuljahr und legen dort auch die Abschlußprüfungen der „folkeskole“ ab. Schließlich gibt es die auch außerhalb Dänemarks bekannten „højskoler“, an denen sich Erwachsene jeden Alters in kurzen (z. B. 14tägigen) oder auch langen (bis zu 8 Monate dauernden) Kursen weiterbilden — allerdings meist nicht fach- oder berufsbezogen, sondern allgemeinbildend und ohne Prüfung oder Qualifikation. Im folgenden soll vor allem auf die „friskoler“ eingegangen werden, deren größte Gruppe die „grundtvig-koldske friskoler“ darstellen.

Die geltende dänische Verfassung vom 5. Juni 1953 besagt in ihrem § 76: „Alle Kinder im unterrichtspflichtigen Alter haben Anspruch auf kostenlosen Unterricht in der Volksschule („folkeskolen“). Eltern und Erziehungsberechtigte, die selbst dafür sorgen, daß ihre Kinder einen Unterricht erhalten, der (in seinen Ergebnissen) dem der Volksschule vergleichbar ist, sind nicht verpflichtet, ihre Kinder die Volksschule besuchen zu lassen.“ Das heißt: Dänemark kennt nur eine *Unterrichtspflicht* — im Gegensatz zur *Schulpflicht* in fast allen anderen Staaten. Was bedeutet nun „Unterrichtspflicht“ statt „Schulpflicht“? Ein solches, recht abstrakt wirkendes Verfassungsprinzip bedarf gesetzlicher Ausführungsbestimmungen, die es konkretisieren. Das wichtigste Gesetz in diesem Zusammenhang ist das Freischulgesetz („friskolelov“) vom 8. Juni 1977, dessen § 19 den sog. *Hausunterricht* („hjemmeundervisning“) regelt: „Bevor der

Hausunterricht für unterrichtspflichtige Kinder aufgenommen wird, erklären die Erziehungsberechtigten gegenüber der Schulbehörde ..., daß sie ihre Kinder selber unterrichten wollen.“ Die Eltern brauchen in einem einseitigen Willensakt also lediglich zu *erklären*, daß sie die Unterweisung ihrer Kinder übernehmen. Es ist kein zu genehmigender Antrag erforderlich; es besteht vielmehr ein Rechtsanspruch; besondere Qualifikationen für die „hjemmeundervisning“ werden nicht verlangt, und die staatlichen Behörden prüfen *erst im nachhinein* (frühestens nach einem Jahr), ob in den zentralen Fächern wie Dänisch, Mathematik und später Englisch die Fertigkeiten erreicht wurden, die das Kind vermutlich in einer durchschnittlichen „folkeskole“-Klasse erzielt hätte. Da bei der „hjemmeundervisning“ die Elternmotivation weit über dem Durchschnitt liegt, ist das Erreichen dieses Standards in der Regel kein Problem. Entscheidend ist, daß der Staat sich weder in die weltanschauliche (d. h. nationale, politische oder religiöse) Grundlage noch in die Inhalte und pädagogische Vermittlung des Unterrichts einmisch, sondern sich auf die eigentlichen Fertigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen usw.) beschränkt. Dieses in der „hjemmeundervisning“ am klarsten zutage tretende Prinzip nennt man *Schulfreiheit* („skolefrihed“).

Nun ist die eigentliche „hjemmeundervisning“ mehr von historisch-prinzipieller als praktischer Bedeutung, denn nur die Eltern von etwa 100 unterrichtspflichtigen Kindern in Dänemark machen von der Möglichkeit Gebrauch, ihr Kind jeder Art von Schule zu entziehen und ihnen, meist mit ausgezeichnetem Erfolg, die geforderten Grundfertigkeiten und vieles mehr zu Hause zu vermitteln. Viel wichtiger als diese „hjemmeundervisning“ im engeren Sinne ist indessen deren organisierte Form, nämlich die „friskole“. Die „friskole“ ist eine Elternschule, „der verlängerte Arm des Elternhauses“, wie Christen KOLD, einer ihrer Väter, es ausdrückte. Es sind die Eltern, die zu einer gemeinsamen weltanschaulichen und/oder pädagogischen Basis für die private Unterweisung ihrer Kinder finden; sie haben das erste und letzte Wort bei der Einstellung oder Entlassung von Lehrkräften einschließlich des Schulleiters. Sie bestimmen zusammen mit den Lehrern (evtl. Schülern) die äußere und innere Organisation der Schule (z. B. Ferienordnung, Kinderbeaufsichtigung vor und nach der normalen Schulzeit, Stundentafeln einzelner Fächer oder Fächergruppen, Gestaltung des Schulgebäudes und seiner Umgebung usw.). Im wesentlichen beschränkt sich die Rolle des Staates darauf, 85 % der tatsächlichen „Betriebskosten“ der „friskole“ zu bezahlen und einmal jährlich durch einen von den Eltern selbst gewählten, vom Staat aber anerkannten „Aufsichtsführenden“ („tilsynsførende“) darauf zu achten, daß die Grundfertigkeiten in den drei genannten Kernfächern dem Durchschnitt der „folkeskole“ entsprechen, was eigentlich nie — die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel — zu Beanstandungen führt, da das einer „friskole“ zugrundeliegende hohe Elternengagement für „ihre“ Schule in einer mangelhaften,

meßbaren Schülerleistung begründete Einwände ausschließt. Die wie auch immer geartete weltanschaulich-ideologische Grundlage sowie die pädagogische Praxis der „friskole“ darf den Staat nicht interessieren, so daß die Frage nach dem Mißbrauch der „skolefrihed“ offiziell nicht gestellt werden kann. Für die „friskole“ im Umgang mit den Behörden ist es ein gravierenderes Problem, wenn etwa der Feuerlöscher am falschen Platz hängt, als wenn MARX oder GRUNDTVIG die Wände zieren.

Die größte Schwierigkeit bei der Errichtung einer neuen „friskole“ liegt in der Einhaltung unendlich vieler Vorschriften, die das Schulgebäude, die sanitären Einrichtungen, die Brandsicherung etc. betreffen. Laut § 13 des „friskolelov“ genügen dagegen 12 Schüler (Klasse 1-7) im ersten Jahr nach Gründung der Schule; im zweiten Jahr muß die „friskole“ mindestens 20 und im dritten mindestens 28 Schüler haben. Auch in Dänemark gibt es Stimmen, die meinen, es sei zu leicht, eine „friskole“ zu errichten; die „skolefrihed“ selbst beruht allerdings auf einem von allen Parteien getragenen politischen Konsens. Der Eigenbeitrag der Eltern beträgt pro Kind etwa 100 DM im Monat. Dabei bestimmt das „friskolelov“, daß der Elternbeitrag nicht unangemessen hoch sein darf, denn es soll verhindert werden, daß wohlhabende Gruppen der Gesellschaft sich aus sozial-elitären Gründen isolieren, indem sie über hohe Schulgeldforderungen alle anderen ausschließen.

Das konkrete Ergebnis der „skolefrihed“ ist, daß es z. Z. in Dänemark etwa 280 „friskoler“ mit über 40 000 Schülern im unterrichtspflichtigen Alter gibt, was gut 7 % eines Schülerjahrgangs entspricht. Dabei ist die Tendenz — nach deutlichem Rückgang zwischen 1890 und etwa 1960 — wieder steigend. Die größte Gruppe innerhalb der „friskoler“ stellen die ca. 110 „grundtvig-koldske friskoler“ dar; es folgen die etwa 40 meist sozialistischen „lilleskoler“ und die ca. 25 „kristne friskoler“, wobei die Grenzen gelegentlich fließend sind und die Zahlenangaben der Handbücher sich oft genug als unzuverlässig erweisen. Hinzu kommen die deutschen Privatschulen in Nordschleswig sowie katholische, apostolische, anthroposophische (Waldorf-) und andere Schulen, die alle unter den Bedingungen des „friskolelov“ von 1977 existieren.

2. *Wie fing es an?*

Hier ist zunächst die beherrschende Gestalt des dänischen Geisteslebens im 19. Jahrhundert, N. F. S. GRUNDTVIG (1783-1872), zu erwähnen. Er schuf und artikulierte als Theologe, Dichter, Historiker, Pädagoge und Visionär die tragende Ideologie der „højskole“ und damit auch der späteren „friskole“, obwohl er selbst der reinen „hjemmeundervisning“ gegenüber einer „friskole“ oder gar staatlichen Schule den Vorzug gab. Das GRUNDTVIG-Jahr 1983 wird diese Aspekte sicher beleuchten. Die „friskole“ entsteht dann eigentlich erst unter der Hand des

Grundtvigianers und Schulpraktikers Christen KOLD (1816-1870).

Wichtig erscheint, sich einmal die Dimensionen des Grundtvigianismus zu verdeutlichen, ohne dessen Kenntnis das dänische Selbstverständnis im allgemeinen und die „skolefrihed“ im besonderen nicht zu verstehen sind:

- die *religiöse* Dimension: Erneuerung des christlichen Glaubens; lebensbejahendes, im Diesseits sich bewährendes Christentum;
- die *nationale* Dimension: Schaffung bzw. Stärkung einer nationalen dänischen Identität im Verband der nordischen Völker unter gleichzeitiger scharfer Abgrenzung gegenüber allem, was deutsch ist;
- die *soziale* Dimension: Unterstützung der ländlichen Bevölkerungsmehrheit auf ihrem Weg zur politischen Mündigkeit; Förderung des anti-elitären Denkens und dadurch Entstehung des dänischen Antiintellektualismus;
- die *politische* Dimension: Kampf gegen die Reste des Absolutismus; Gründung der Partei „Venstre“; Prinzip der aktiven Toleranz („frisind“);
- die *ökonomische* Dimension: über die „højskole“ Popularisierung des Genossenschaftsgedankens auf dem Lande;
- die *pädagogische* Dimension:

a) inhaltlich:

- Betonung der Muttersprache;
- gegen „tote“ Sprachen und „totes“ Buchwissen (Antiintellektualismus);
- gegen Religion als Schulfach;
- für religiöse Durchdringung des Lebens und damit auch der Schule (Immanenzprinzip);
- für national und historisch ausgerichteten Unterricht mit der Tendenz zur nationalen Selbstbeschränkung;

b) methodisch:

- gegen das Auswendiglernen und die Pauk- und Prügelschule;
- für einen kindgemäßen, phantasiebildenden Unterricht;
- Betonung des Mündlichen gegenüber dem Schriftlichen; große Bedeutung des gesprochenen Wortes in Form von Erzählung, Märchen, Gespräch und Gesang;
- Erkenntnis der Bedeutung der Motivation beim Lernvorgang;
- Förderung der Selbsttätigkeit und des Selbstvertrauens des Schülers.

Aus heutiger Sicht scheinen diese pädagogischen Prinzipien der „friskole“ eine inhaltlich recht konservative, aber methodisch erstaunlich moderne Schulform zu begründen, die in Teilen ihrer praktischen Pädagogik der staatlichen Schule um Jahrzehnte voraus ist. Dabei darf nicht übersehen werden, daß für die Grundtvigianer die Pädagogik ein Mittel, die religiöse und nationale Erweckung und Identitätsfindung jedoch der Zweck aller Unterweisung ist.

Nun vermag die grundtvigianische Ideologie wenig auszurichten, wenn nicht der Vorrang des Elternrechts in der Erziehung vor dem Recht des Staates und der

Gesellschaft auf diesem Gebiet juristisch einwandfrei abgesichert ist und einen Rechtsanspruch begründet. Die „skolefrihed“ existiert nur in dem Umfang, in dem sie in der Verfassung sowie in deren Ausführungsbestimmungen verankert ist. Mit den Schulgesetzen von 1814 führte Dänemark die siebenjährige Schulpflicht ein. Im § 18 wurde den Eltern — vielleicht nach preußischem Vorbild — das Recht eingeräumt, selber für die Unterweisung ihrer Kinder (z. B. auch durch einen Hauslehrer) Sorge zu tragen. (Vgl. § 7 der Schulbestimmungen des Allgemeinen Preußischen Landrechts von 1794: „Eltern steht frei ..., den Unterricht ... ihrer Kinder auch in ihren Häusern zu besorgen.“) Allerdings wurde eine derartige Befreiung von der Schulpflicht an eine *vorherige* Genehmigung durch die zuständige Behörde geknüpft, die in der Praxis diese Freiheit nur dort zugestand, wo sich die Oberschicht — meist durch einen ausgebildeten Hauslehrer — der „bedrohlich demokratischen“ Schulpflicht zu entziehen suchte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieß die Schulpflicht auf ständig wachsenden Widerstand bei der Landbevölkerung, die mit etwa 80 % die überwältigende Mehrheit darstellte, da die Schulpflicht in das ländliche, familiäre Produktionskollektiv eingriff: auch Kinder und Jugendliche mußten sehr früh leichtere Aufgaben wie z. B. das Viehhüten übernehmen, und die Schule mit ihrem festen Stundenplan störte diese Produktionsgemeinschaft, indem sie die Verfügungsgewalt der Eltern über ihre Kinder objektiv einschränkte. Da die angestrebte Schulbildung in einer statischen Agrargesellschaft ohnedies nur in sehr seltenen Ausnahmefällen zu einem sozialen Aufstieg führte und der Staat gleichzeitig mit Geldbußen („mulkt“) oder gar Gefängnisstrafen die Schulpflicht durchzusetzen suchte, war es naheliegend, daß sich diese ökonomischen Interessen mit der grundtvigianischen Ideologie verbanden. Diese gewann unter der Landbevölkerung Gehör und ihren dauerhaften Rückhalt, weil sie die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe ideologisch überhöhte und damit legitimierte. Am stärksten wurde diese Bewegung auf Fünen und in Westjütland, wo religiöse Erweckungsbewegungen in ihrem Kampf gegen die Staatskirche und das etablierte Luthertum ohnehin in eine immer größere Distanz zum Staat gerieten. Auf schulischem Gebiet lautete nun die Devise der Grundtvigianer: Erziehung und Unterricht sind alleinige Sache der Eltern und somit keine Staatsaufgabe.

Die vom Geist des Liberalismus durchdrungene erste dänische Verfassung von 1849 regelte in ihrem § 90 das Verhältnis zwischen Individuum und Staat im schulischen Bereich prinzipiell so: „Die Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, für die Unterweisung zu sorgen, haben Anspruch auf Unterricht in der öffentlichen Schule.“ Damit ist das *Subsidiaritätsprinzip* zu einem Verfassungsgrundsatz erhoben: die Unterweisung der Kinder ist Sache ihrer Eltern, und der Staat tritt — subsidiär — auf den Plan, wenn die Eltern diese Aufgabe nicht wahrnehmen können oder wollen.

Verwirklicht wurde dieses Verfassungsprinzip jedoch erst mit dem Gesetz vom 2. Mai 1855, in dem ausdrücklich die Kinder von der Schulpflicht entbunden wurden, deren Eltern durch eine einfache Willenserklärung gegenüber der Behörde die Unterweisung ihrer Kinder außerhalb der öffentlichen Schule mitteilten; bei der jährlichen, im nachhinein zu erfolgenden Überprüfung der Grundfertigkeiten und -kenntnisse der Schüler sollte bereits damals — wie noch heute im geltenden „friskolelov“ — der Durchschnitt der öffentlichen Schule zugrundegelegt werden. Damit war die *Schulpflicht* durch die *Unterrichtspflicht* abgelöst worden. Es ist ganz interessant anzumerken, daß das Verdienst für diese einschneidende, vielleicht wichtigste schulpolitische Weichenstellung in Dänemark nur bedingt den Grundtvigianern zukommt, da ihre Führer sich im parlamentarischen Raum zumindest in dieser Angelegenheit als unfähig erwiesen; vielmehr haben weitsichtige Mitglieder der Oberschicht wie die Minister J. N. MADVIG (1804-1886) und C. C. HALL (1812-1888) der Schulfreiheit zum Durchbruch verholfen.

Allmählich entdeckten die Grundtvigianer die großen Möglichkeiten zur Errichtung von „friskoler“, die nun — neben den „højskoler“ — zu ihrer ureigensten Domäne auf schulischem Gebiet wurden. Diese grundtvigianische Freischulbewegung kulminierte etwa um 1880 mit ca. 270 „grundtvig-koldske friskoler“ mit etwa 7 000 Kindern im unterrichtspflichtigen Alter. Und doch darf man die quantitative Bedeutung dieser Bewegung nicht überschätzen, da sie nie mehr als knapp 4 % aller unterrichtspflichtigen Kinder auf dem Lande umfaßte. (In den Städten blieben die „friskoler“ ohne Bedeutung, da auch hier der religiöse Grundtvigianismus nie Fuß zu fassen vermochte.) Andererseits wirkte der monolithische Block der „friskoler“ als heilsame, positiv herausfordernde Provokation auf das staatliche Schulwesen — allerdings mehr durch eine modern anmutende, kindgemäße Methodik als durch die eher konservativen Inhalte.

3. Beginnende Vielfalt im 20. Jahrhundert

Hatten die Grundtvigianer den uneingeschränkten Elternwillen zum Maßstab aller Erziehung gemacht, so rückte mit Beginn des 20. Jahrhunderts das Kind selbst mit seinen Bedürfnissen und immanenten Fähigkeiten in das Zentrum des pädagogischen Interesses. Die größte praktische Bedeutung gewann diese Pädagogik „vom Kinde aus“ im Deutschland der Weimarer Republik. Ein wichtiger Vermittler dieser neuen Richtung in Dänemark war Peter PETERSEN, der aus Großnawiehe stammte, in Flensburg am Gymnasium Abitur machte und schließlich als Professor der Pädagogik in Jena bedeutende reformerische Impulse auslöste. Auf Einladung von „Det pædagogiske Selskab“ und „Danmarks Lærerforening“ hielt Peter PETERSEN, der übrigens fließend dänisch sprach, zahlreiche Vorträge, und es zeigte sich, daß es eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen der nun schon traditionsreichen „grundtvig-koldsk

friskole“ und der deutschen Reformpädagogik gab:

- keine Vermittlung von sterilem Buchwissen;
- keine körperliche Züchtigung;
- kein Pauken und Auswendiglernen;
- keine schematischen Stundeneinheiten mit festen Fachabgrenzungen;
- Förderung des kindlichen Tätigkeitsdrangs;
- Förderung eines phantasiebildenden Unterrichts;
- Förderung des „lebendigen Wortes“ in Form von Erzählung, Gespräch und Gesang;
- Praktizieren eines entscheidenden Elterneinflusses;
- Betrachtung des Lehrerberufes im Sinne von Berufung und nicht im Sinne eines Jobs;
- Errichtung von kleinen, baulich und menschlich überschaubaren Schuleinheiten;
- Pflege eines familiären und freundlichen Umgangstones zwischen Lehrern und Schülern, u. a. m.

Schon dieser uns heute fast selbstverständlich anmutende pädagogische Forderungskatalog belegt indirekt durch den Umkehrschluß, wie arg es um die Pädagogik in der staatlichen Schule z. B. der 1920er Jahre in Deutschland wie in Dänemark bestellt war. (Man lese einmal Hans SCHERFIGs Schulroman „Det forsømte forår“.)

Wie reagierte nun die „grundtvig-koldsk friskole“ auf diese neue, säkularisierte Pädagogik? Sollte man sich dieser neuen Bewegung gegenüber öffnen und letztlich mit ihr verschmelzen (Astrid und Svend EMBORGs Auffassung) oder sollte man aus ideologischen Gründen diese neuen Ideen aus dem Süden zurückweisen oder gar bekämpfen? Trotz der erwähnten Gemeinsamkeiten in der praktischen Pädagogik war das letztere der Fall, denn die ideologischen Gegensätze erschienen unüberwindlich:

die Reformpädagogik:

- eine städtische, von Intellektuellen getragene Bewegung
- internationalistisch
- pazifistisch und entschieden demokratisch
- säkularisiert-agnostisch
- Kampf für die Selbstbestimmung des Kindes gegenüber Staat und Eltern
- Kampf für eine reformierte Staatsschule

die „grundtvig-koldsk friskole“:

- ↔ eine ländliche, im relativ wohlhabenden Bauerntum wurzelnde Bewegung
- ↔ national und teilweise nationalistisch
- ↔ nicht „kriegerisch“, aber geprägt von historisch-mythisch verkklärter Heldenanbetung
- ↔ religiös und kirchlich stark gebunden
- ↔ Kampf für die Selbstbestimmung der Eltern gegenüber dem Staat
- ↔ Eintreten für die Abschaffung der

Pädagogik als Selbstzweck: Emanzipation und Entwicklung des Individuums aus seinen Anlagen heraus ↔ Pädagogik als Mittel zum Zweck: religiöse und nationale Erweckung und Erneuerung

Warum kam es in Dänemark nun in den 1920er und 1930er Jahren nicht zur Gründung von reformpädagogischen Privatschulen *neben* den „grundtvig-koldske friskoler“? Die gesetzlichen Bestimmungen hätten ihnen die gleichen Möglichkeiten der Schulfreiheit und der staatlichen Bezuschussung garantiert. Verschiedene Umstände erklären den Sachverhalt, daß auch noch zwischen den beiden Weltkriegen die Schulfreiheit im wesentlichen nur von den Grundtvigianern genutzt wurde. Die reformpädagogische Bewegung strebte eine Reform der *öffentlichen* Schule an, und schon deshalb mußte ihr die Gründung einer „friskole“ als Privatismus erscheinen, und in der Tat waren es staatliche Gremien (z. B. die Stadt Kopenhagen), die in den 1920er Jahren reformpädagogische Versuche an öffentlichen Schulen initiierten oder doch tolerierten. Außerdem bewirkten die sozialdemokratisch inspirierten Schulreformen von 1933 und 1937 mit ihrer Ausweitung des Elterneinflusses und einer weitgehenden Säkularisierung der öffentlichen Schule, daß das reformpädagogische Gedankengut in seiner reinen Form an Durchschlagskraft verlor, und schließlich war mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 die Inspirationsquelle aus dem Süden versiegt. Die langsam schrumpfende „friskole“-Bewegung verfiel durch ihre scharfe Abgrenzung von der Reformpädagogik und der öffentlichen Schule in einen jahrzehntelangen Dornröschenschlaf, der durch Stagnation und nationale Abkapselung gekennzeichnet war. Die Zeit der deutschen Besatzung 1940-45 verstärkte diese Tendenzen.

Dennoch liegt im Zusammentreffen der Reformpädagogik mit der grundtvigianischen „friskole“ der Schlüssel zum Verständnis der heutigen Vielfalt des dänischen Privatschulwesens. Reformpädagogisches Gedankengut überdauerte die Zeit des Nationalismus, Nazismus und des Krieges: Alexander NEILL ist nun einer der Inspiratoren nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Durchbruch in Dänemark kommt aber ganz unerwartet und unbeabsichtigt nach dem Schulgesetz von 1958, welches zur Schließung sehr vieler Dorfschulen und zum Bau von großen Zentralschulen auch auf dem Lande führte. Als die negativen menschlichen und pädagogischen Folgen dieses meist von sozialdemokratischen Politikern verfochtenen Denkens in großen Einheiten (man denke nur einmal an hessische oder Berliner Gesamtschulen) mehr und mehr Menschen klar werden, läßt die Reaktion in Dänemark nicht auf sich warten, indem die „lilleskole“ — eine „friskole“ zunächst auf rein reformpädagogischer Grundlage — entsteht. Die heutige „friskole“-Bewegung befindet sich zwischen diesen zwei

Spannungspunkten: zwischen einer rein pädagogischen und einer rein ideologischen Position, zwischen einer Pädagogik „vom Kinde aus“ und der uneingeschränkten Erziehungsgewalt der Eltern über ihre Kinder.

4. Die heutige Situation

Drei Hauptströmungen, die untereinander verknüpft sind und sich teilweise bedingen, lassen sich in der heutigen „friskole“-Bewegung in Dänemark unterscheiden:

- die Pädagogisierung;
- die Entideologisierung;
- die Reideologisierung.

a) *Pädagogisierung*. Die meisten „friskoler“, die seit den 1960er Jahren bis heute gegründet wurden, haben eine pädagogische Zielsetzung: die Schule soll klein und überschaubar sein und sich weltanschaulich neutral verhalten. Seit den 1970er Jahren tendieren einige dieser Schulneugründungen (vor allem die „lilleskoler“) jedoch in eine sozialistische Richtung. Der überwiegende Elternimpuls bleibt aber ein pädagogischer, so daß diese Schulen mit Recht in Verlängerung der Reformpädagogik zu sehen sind.

Diese Schulinitiativen müssen immer vor dem Hintergrund des aktuellen Zustands der öffentlichen „folkeskole“ gesehen werden, auf deren Inhalte und auf deren Pädagogik — oder Mangel an Pädagogik — die „friskole“-Bewegung wie ein Seismograph reagiert: blüht die „friskole“, so liegt darin — wie z. Z. in Dänemark der Fall — eine Kritik an der öffentlichen Schule; stagniert oder schrumpft die „friskole“, so liegt dem auch eine breitere Zustimmung zur „folkeskole“ zugrunde, wie es in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren der Fall war. Eine dieser pädagogisch motivierten Neugründungen aus dem Jahre 1980 (vgl. Friskolebladet 1980, S. 283) stellt in ihrer Selbstdarstellung die öffentliche Schule einer pädagogisierten „friskole“ gegenüber:

<i>„folkeskolen“</i>	<i>„friskolen“</i>
Einteilung in Jahrgangsklassen	↔ altersübergreifende Lerngruppen
Fächeraufteilung in starre 40-Min.-Einheiten	↔ zusammenhängender Unterricht mit Projektarbeit
eine wöchentliche Verfügungsstunde für die Klasse	↔ eine tägliche Verfügungsstunde für die Klasse
überwiegend theoretisches und sitzplatzgebundenes Arbeiten	↔ ständiger Wechsel zwischen praktischem und theoretischem Arbeiten

drei Kinder haben Pflichten: zwei holen Milch, einer putzt die Tafel	↔ alle Kinder haben tägliche Pflichten: Aufräumen, Saubermachen, Einkaufen usw.
Elternversammlungen 1 bis 3 mal pro Jahr	↔ Elternversammlungen einmal pro Monat
nur wenige Wochenstunden in den musischen und kreativen Fächern	↔ die musischen und kreativen Fächer stehen gleichberechtigt neben den intellektuellen Fächern
fast der gesamte Unterricht vollzieht sich im Klassenraum	↔ ein großer Teil des Unterrichts vollzieht sich außerhalb der Schule
der Lernstoff wird „von oben“ festgelegt; Lernen geschieht mit Hilfe von Lehrbüchern	↔ der Lernstoff entspringt den Wünschen der Kinder; das Lernen geschieht durch Fachbücher, Experimentieren, Beobachten usw., eigentliche Schulbücher werden nur in geringem Umfang verwendet
die tägliche Schulzeit des Kindes ist in einem Stundenplan festgelegt	↔ das Kind und seine Eltern können jeden Tag auch außerhalb der Schulzeit in der Schule sein
Spielmöglichkeiten: asphaltierter Schulhof	↔ Spielmöglichkeiten: Naturgrundstück mit Platz für Abenteuerspielplatz, Tierhaltung, Gemüsegarten usw.
das Kind kennt meist nur seine Klassenkameraden und einige Lehrer	↔ das Kind kennt alle anderen Kinder und Lehrer

Hinzuzufügen bleibt, daß die neuen „friskoler“ nicht nur die kleine und überschaubare, sondern auch „die nahe Schule“ sein wollen. Die Zentralisierung hat überall zu weiten Schulwegen mit dem Schulbus und zu neuen, meist sterilen und immer viel zu großen Schulbunkern aus Beton (sogar mit Klassenzimmern ohne Fenster) geführt. Vereinsamung, Vandalismus und Entfremdung als Reaktion auf die Zentralisierung sind dagegen an den meisten „friskoler“ unbekannt, da hier eine persönliche Bindung an die Schule und ein hohes Maß an Identifikation mit einer solchen kleinen Einheit eintritt.

b) *Entideologisierung*. Auch die „grundtvig-koldsk friskole“ hat zu spüren bekommen, daß eine neue Elternklientel ihre Kinder primär aus den genannten pädagogischen Überlegungen heraus und nicht so sehr aus nationalem oder religiösem Antrieb die „folkeskole“ verlassen und die „friskole“ aufsuchen läßt. So nimmt es nicht wunder, daß sich der Alltag vieler neuer „grundtvig-koldske friskoler“ in nichts von dem der „pädagogischen“ „friskoler“ unterscheidet. An der schulischen Basis — bei Lehrern, Eltern und Kindern — praktiziert man trotz der

formalen Mitgliedschaft im grundtvigianischen „Dansk Friskoleforening“ eine größtmögliche Pädagogik „vom Kinde aus“, während der national-konservative Teil der grundtvigianischen Ideologie in aller Stille in den Hintergrund tritt.

c) *Reideologisierung*. Es ist klar, daß dieser Wandel in der Schülerklientel für die „grundtvig-koldsk friskole“ Identitätsprobleme geschaffen hat. Auf der Funktionärebene ist deshalb eine gewisse Unruhe zu verspüren. Unverkennbar sind die Anzeichen für eine stärkere Hervorhebung von GRUNDTVIG und KOLD bei gleichzeitiger Abgrenzung gegenüber anderen „friskoler“. Innerhalb der „grundtvig-koldske friskoler“ kommt diese Reideologisierung „von oben“, während die Pädagogisierung „von unten“ kommt.

Ist bei der großen Gruppe der „grundtvig-koldske friskoler“ eine Reideologisierung gegenüber einer neuen Klientel zu beobachten, so hat sich die Reideologisierung auch außerhalb des Grundtvigianismus bemerkbar gemacht — und zwar im Verhältnis zur öffentlichen „folkeskole“, die im Namen der Demokratie und des Pluralismus gehalten ist, sich in politischer oder weltanschaulicher Hinsicht neutral zu verhalten und die Schüler nicht zu indoktrinieren. Die „folkeskole“ soll heute also eine säkularisierte, weitgehend wertneutrale Schule sein, während sie noch in den 1930er oder 1940er Jahren auf einem nationalen und religiösen Konsens sowie einer allgemein akzeptierten Wertehierarchie beruhte. Daß sie in konservativen Kreisen Dänemarks gelegentlich als „schlapp“ und „linkslastig“ aufgefaßt wird, trug gewiß dazu bei, daß in den letzten Jahren die „*kristne friskoler*“ entstehen konnten, die gerade nicht neutral sein wollen, sondern die ihnen anvertrauten Schüler unzweideutig und z. T. recht massiv zu beeinflussen suchen. Da die „*kristne friskoler*“ gleichzeitig in dem Ruf stehen, hier herrsche mehr Disziplin und hier werde mehr gelernt als in der „folkeskole“, erhalten sie beachtlichen Zulauf: innerhalb ganz weniger Jahre sind etwa 25 „*kristne friskoler*“ entstanden (davon allein 5 in Nordschleswig). Im Rahmen der Reideologisierung fangen diese Schulen religiöse und neokonservative Tendenzen auf und machen sie provozierend (im ursprünglichen Wortsinn) sichtbar.

Nordschleswig fügt sich in diese gesamt-dänischen Tendenzen ein, wobei allerdings einige deutliche Akzentverschiebungen zu beobachten sind. Aus historischen, politischen und sozialen Gründen hat der Grundtvigianismus hier nicht in dem Maße Fuß fassen können, wie es z. B. auf Fünen der Fall gewesen ist, wo zwischen 1852 und 1880 eine Vielzahl von „friskoler“ entsteht, die heute noch existieren. Auch das Gesetz vom 2. Mai 1855 galt nicht für die Herzogtümer, so daß schon deshalb in Nordschleswig nicht die Entwicklung eingeleitet wurde wie nördlich der Königsau. Heute hat Nordschleswig nur eine echte „grundtvig-koldsk friskole“, nämlich die in Rödding, wo sie in Verbindung mit der Wiedereröffnung der „højskole“ nach 1920 und der grundtvigianischen Freien

Gemeinde („frimenighed“) entstand. Einen eher säkularisiert-reformpädagogischen Kurs steuern die neuen „friskoler“ von Mittelalssund und Apenrade, die aber dennoch Mitglied im „Dansk Friskoleforening“ sind und deshalb formal zu den „grundtvig-koldske friskoler“ gerechnet werden. Auffällig ist die starke Stellung der „kristne friskoler“ in Nordschleswig, was dem Unbehagen an der „folkeskole“ und der konservativen Grundstruktur der nordschleswigschen Bevölkerung entspricht.

Für Nordschleswig ergibt sich im Schuljahr 1982/83 — wenn wir einmal die deutschen Privatschulen außer acht lassen — folgendes Bild:

„grundtvig-koldske friskoler“:

Rødding friskole, gegr. 1946, 86 Schüler

Midtals friskole, gegr. 1979, 37 Schüler

Åbenrå friskole, gegr. 1980, 91 Schüler

„kristne friskoler“:

Agerskov kristne friskole, gegr. 1976, 128 Schüler

Haderslev kristne friskole, gegr. 1976, 128 Schüler

Brændstrup kristne friskole (Gram), gegr. 1978, 43 Schüler

Bylderup-Bov kristne friskole, gegr. 1979, 34 Schüler

Sønderborg kristne friskole, gegr. 1981, 28 Schüler

„lilleskoler“:

lilleskolen på Als (Sønderborg), gegr. 1981, 36 Schüler

(Pläne für weitere „friskoler“ in Nordschleswig bestehen in Christiansfeld; die weit gediehenen „friskole“-Pläne in Tondern haben sich zerschlagen.)

Für Nordschleswig bedeutet dies alles, daß sich zu der alten, prinzipiellen Alternative zwischen *deutscher* und *dänischer* Schule eine weitere gesellt hat: die Wahl zwischen der *dänischen* „folkeskole“ und einer *dänischen* „friskole“.

5. *Schlußbetrachtung*

Die Schule in Dänemark ist in Bewegung geraten. Während in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche Schule aus gesetzlichen und finanziellen Gründen praktisch ohne Alternative — und damit auch *ohne Korrektiv* — bleibt, wird die Kritik an der dänischen „folkeskole“ konkret sichtbar in Form von „friskoler“ der unterschiedlichsten Observanz, da es in Dänemark im Vergleich zu Deutschland unvergleichlich leichter ist, eine Privatschule zu eröffnen und zu betreiben.

Jede Gesellschaft steht vor der prinzipiellen Frage, wie — oder ob — sie die Erziehung und Ausbildung der nächsten Generation regeln, steuern und vielleicht sogar reglementieren soll, denn staatlich verordnete Ausbildung bedeutet immer einen Eingriff in die ureigensten Rechte der Individuen und der Familie. Nun lassen

sich staatliche Bildungsziele in einem pluralistisch-demokratischen Gemeinwesen weitgehend eben nicht objektiv definieren, sondern sind das Ergebnis von Mehrheitsentscheidungen. Und die Frage ist nun, ob der Staat diese mehrheitlich festgelegten Bildungsziele bis ins Detail durchsetzen darf — auch gegen den Willen von Minderheiten. Während die Grundtvigianer noch bis in die 1940er Jahre die öffentliche Schule für überflüssig, ja für schädlich hielten und die uneingeschränkte elterliche Autonomie im Bildungswesen propagierten, hat Dänemark heute den schwierigen Balanceakt zwischen Elternwille und Staatsgebot, zwischen Minderheit und Mehrheit vorbildlich gemeistert, indem sich Minderheiten jeder Art der öffentlichen Schule entziehen können, um ihren eigenen Wertvorstellungen und pädagogischen Prinzipien gemäß zu unterrichten. Dabei übernimmt der Staat mit 85 % den Löwenanteil der Kosten — zum einen um zu verhindern, daß sich über extrem hohe Elternbeiträge sozial nicht zu verantwortende elitäre Bildungsghettos (wie z. B. an englischen Privatschulen) bilden, zum anderen aber auch um die Vielfalt, die Aktivität, das Engagement und letztlich die pädagogische Innovationskraft dieses Teils der Bevölkerung zu fördern und zu ermutigen: der Staat ermuntert und finanziert selbst die Konkurrenten der staatlichen „folkeskole“ und beschränkt sich auf eine Kontrolle der Grundfertigkeiten der Kinder. Die Schließung kleinerer Schulen, lange Schulwege, große und anonyme Zentralschulen, aber auch die angebliche Disziplin­krise der „folkeskole“ oder die Einführung des obligatorischen Sexualunterrichts können ein auslösendes Moment für die Gründung einer „friskole“ sein, die dann ihren weltanschaulichen, politischen, religiösen und pädagogischen Standort bestimmen muß und nach diesen Kriterien den Schulleiter und das Lehrerkollegium anstellt. Durch diese hohe Identifikation der Eltern mit „ihrer“ Schule und durch die relative Homogenität des Lehrkörpers werden Kräfte freigesetzt, wie man sie an öffentlichen Schulen nur ausnahmsweise antrifft.

Die Schulfreiheit in Dänemark ist ein Erbe des Liberalismus und des Grundtvigianismus. Allerdings erst durch die heutige Vielfalt ist aus dem „Leitfossil des 19. Jahrhunderts“ eine vorbildliche Symbiose von öffentlicher und privater Schule geworden. In den 1920er Jahren reisten viele dänische Pädagogen nach Deutschland, um sich z. B. in Hamburg und Jena unter Peter PETERSENS Führung mit der deutschen Reformpädagogik vertraut zu machen; heute reisen umgekehrt Pädagogikstudenten, Professoren und andere Interessierte nach Dänemark, um die Probleme, die Vielfalt und nicht zuletzt die Liberalität des dänischen Schulwesens zu studieren und sich davon für die eigene Arbeit anregen zu lassen.

LITERATURHINWEISE:

Den danske Skolehåndbog 1981/82, København 1982 Friskolebladet 1970 ff.

Gunhild Nissen: Bønder, skole og demokrati, København 1973

Ellen Nørgaard: Lille barn — hvis er du? København 1977

Eine „nationale Landesbibliothek“ in Flensburg?

Zur Kontroverse zwischen Volquart Pauls und Johann Langfeldt 1920/21

Im Dezember 1920 sah sich der erst kurze Zeit amtierende — zu jener Zeit „Landesbibliothekar“ genannte — Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Dr. Volquart Pauls (1884-1954),¹ zu zwei scharf formulierten Stellungnahmen in den Flensburger Nachrichten veranlaßt. Ursache hierfür waren Artikel von J. Langfeldt,² der dafür plädierte, im Hinblick auf die nationalpolitische Situation im deutsch-dänischen Grenzland nach den Volksabstimmungen vom Februar/März 1920 in Flensburg eine „nationale Landesbibliothek“ zu errichten. An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß am 10. Februar 1920 die Bevölkerung in der ersten Abstimmungszone mit 75 341 gegen 25 419 Stimmen für die Vereinigung mit Dänemark stimmte; am 14. März 1920 entschied sich die Bevölkerung der zweiten Abstimmungszone für den Verbleib bei Deutschland (51 724 gegen 12 800 Stimmen). In Flensburg, das in der zweiten Zone lag, betrug das Abstimmungsergebnis 27 081 zu 8 944 für Deutschland.³ Langfeldt wies in seinem ersten Artikel („Eine nationale Landesbibliothek in Flensburg“, Flensburger Nachrichten vom 30. November 1920) zunächst auf das Büchereiwesen der dänischen Minderheit in Flensburg hin, das im Zusammenhang mit ihren politischen und kulturellen Bestrebungen vor den Volksabstimmungen von 1920 mehr auf Nordschleswig ausgerichtet war, jetzt nach seiner Auffassung aber mit Stoßrichtung auf das Gebiet südlich der neuen deutschdänischen Staatsgrenze operierte. Er vermutete sogar, daß von ihr zusätzlich zu der bereits vorhandenen Bibliothek noch eine weitere eröffnet würde. „Was hat“ — so fragte Langfeldt — „Flensburg dem entgegenzustellen?“ Er berichtete kurz über die unter seiner Leitung stehende öffentliche Bibliothek, die zu jener Zeit ca. 13 000 Bände umfaßte. Als sehr gravierenden Mangel stellte Langfeldt heraus, daß von ihr das Gebiet der „Heimatkunde“ bislang völlig unzureichend gepflegt worden sei. Hier lag der Kernpunkt seines Anliegens: „Und die reichhaltige Landesbibliothek in Kiel, deren Katalog zwei dickleibige Bände umfaßt? Die Ausleihe-Bedingungen sind so rigoros, daß man kaum wagt, ein Werk von dorther anzublättern. Aber vielleicht wäre die Frage zu erwägen, ob nicht die beiden zuletzt genannten Bibliotheken veranlaßt werden könnten, einen Teil ihres heimatkundlichen Materials leihweise abzugeben.“⁴ Im übrigen rief Langfeldt zu privaten Bücherspenden auf, die den Bestand der öffentlichen Bibliothek Flensburgs vermehren helfen sollten: „Wohlan, lieber Leser, laß dich nicht abhalten, das immer lebendige Wort zu spenden, zu Nutz und Frommen unsres Deutschtums, um dem weiteren Vordringen des

Dänentums einen starken, unüberwindlichen Damm entgegenzustellen!“

Zwei Wochen später, am 14. Dezember 1920, nahm der Landesbibliothekar Volquart Pauls in der gleichen Zeitung („Eine nationale Landesbibliothek in Flensburg. Eine Entgegnung“) zu den Vorwürfen und Vorschlägen Langfeldts Stellung. Er wies zunächst die von Langfeldt erhobenen Angriffe gegen die der Provinzialverwaltung unterstehende Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek zurück. Die „Weitherzigkeit der Ausleihbedingungen“ in Kiel unterstrich Pauls durch die Wiedergabe der wichtigsten Punkte der Benutzungsordnung, die am 14. Mai 1898 von Landesdirektor Hermann von Graba erlassen und am 23. Mai 1907 unverändert erneuert worden war.⁵ Besonders hervorzuheben war an dieser Benutzungsordnung, daß sie es außerhalb Kiels wohnenden Schleswig-Holsteinern gestattete, auf dem Postwege zu bestellen und zu entleihen. Dies erleichterte der in gedruckter Form vorliegende Katalog, der es in vielen Fällen unnötig machte, die Bibliothek selbst aufzusuchen. Aber nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch wegen der „Ausplünderung anderer Bibliotheken“ lehnte Pauls die von Langfeldt wohl als „Dauerleihgabe aufgefaßte Abgabe von landes- und heimatkundlichen Beständen an eine „nationale Landesbibliothek“ in Flensburg entschieden ab und wies außerdem auf den bestehenden Leihverkehr zwischen den Bibliotheken hin.

Hingegen stimmte Pauls der grundsätzlichen Auffassung Langfeldts zu, „daß in dem Kampf zwischen deutscher und dänischer Kultur das geistige Rüstzeug, dessen Hüter unsere Bibliotheken sind, eine hervorragende Rolle spielen werde“. Es zeigt sich hier also ganz deutlich, daß auch dem Bibliothekswesen eine Art von nationalpolitischer Aufgabe zugesprochen wurde.⁶ Doch da sich die politischen und kulturellen Bestrebungen dänischerseits vor 1920 auf Nordschleswig richteten, das nun mit dem dänischen Königreich vereinigt worden war, bestand für Pauls keine Notwendigkeit zur Errichtung einer („nationalen“) Landesbibliothek in Flensburg. Jedoch bedurfte jetzt die deutsche Minderheitsbevölkerung in Dänemark einer solchen Einrichtung: „Die Deutschen in diesem Gebiet werden je länger, desto mehr es spüren, daß durch die neue Grenzführung eine Schranke aufgerichtet ist, die sie nicht nur staatsrechtlich, sondern auch kulturell von ihren Stammesgenossen trennt. Und es besteht für sie die Gefahr, daß sie den Zusammenhang mit der deutschen Kultur verlieren und im Dänentum untergehen. Wollen wir das verhüten, dann muß dort oben in der ersten Zone neben den vielen notwendig zu gründenden Volksbibliotheken, entweder in Apenrade oder Hadersleben oder Tondern, eine wissenschaftliche Bibliothek ins Leben gerufen werden, die ... es den von uns getrennten Deutschen ermöglicht, sich zu behaupten und den Kampf erfolgreich zu führen. Für die Durchführung sehe ich keine Schwierigkeiten ...“. In der Tat entstand später in Apenrade die Deutsche Zentralbücherei, um deren finanzielle Gleichstellung im Hinblick auf staatliche

Förderungsmittel bis vor kurzem verhandelt wurde, da die bisherigen dänischen Förderungsprinzipien nur die finanzielle Unterstützung einer regionalen Zentralbibliothek (und dies war eben die dänische!) vorsahen.⁷

Langfeldt antwortete in den Flensburger Nachrichten vom 18. Dezember 1920 („Eine nationale Landesbibliothek in Flensburg. Ein letztes Wort“) auf diese Einwürfe von Pauls. Er nahm zunächst seine Vorwürfe gegen die „rigorosen“ Ausleihbedingungen der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zurück, bemängelte nun aber, daß die Landesbibliothek viel zu wenig Leser habe: „Ich las vor vielen Jahren eine Notiz über die Benutzung der Landesbibliothek. Sie betrug damals nur einige hundert Leser.“ Diese Zahl dürfte aus den Anfangsjahren der seit 1895 öffentlich zugänglichen Landesbibliothek stammen. 1919 wurden z. B. bereits 1968 Bände ausgeliehen; 1222 Benutzer suchten die Bibliothek auf.⁸ Diese Zahlen stiegen in der Folgezeit rasch an.⁹ Langfeldt stellte die Forderung nach intensiver Bibliotheksbenutzung in den Vordergrund, nach seiner Auffassung „ist es der große Fehler unserer namhaften Bibliotheken, daß Tausende von Bänden entweder gar nicht oder nur ausnahmsweise ihren Leser finden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird in naher Zeit die bittere Not die deutschen Büchereien zwingen, für ihre Werke Leser in weiteren Schichten des Volkes zu gewinnen. Bücher sind tot, wenn sie nicht gelesen werden“. Hier überschätzte er doch wohl die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Bibliothek mit spezialisiertem Sammelschwerpunkt wie der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, deren Benutzung sich nicht in dem Maße steigern läßt, wie es etwa in einer öffentlichen Stadtbücherei möglich und geboten ist, wo es sich nicht nur um einen anders strukturierten Bestand, sondern auch um einen andersartigen Benutzerkreis handelt.

Erneut trug Langfeldt seine Auffassung vor, daß die von ihm vorgeschlagene „Heimatbibliothek“ ihren Standort in Flensburg haben und sich in ihrer Tätigkeit auf das gesamte Gebiet des alten Herzogtums Schleswig ausrichten müsse. „Für uns gilt es, von Flensburg aus den Kampf zu führen. Hier stehen wir auf deutscher Erde, hier kann er ungehindert vor sich gehen. Und er wird heiß werden. Das möge keiner sich verhehlen. Denn wir sind warm, und dem Deutschen ermangelt insonderheit des Solidaritätsgefühls.“ Hier tritt wiederum in sehr akzentuierter Weise die national- und kulturpolitische Stoßrichtung einer solchen Bibliothek hervor, über deren Bestandsaufbau sich Langfeldt im übrigen nicht näher äußert (Leihgaben?). Für einen Standort in Nordschleswig sah er viele Schwierigkeiten und auch Widerstände von dänischer Seite; eine Bibliothek in Flensburg wäre im Hinblick auf ihre Finanzierung auf die Hilfestellung der anderen Bibliotheken des Landes dringend angewiesen. „Was heute nottut, ist, auch alle geistige Arbeit in den Dienst der Gesamtheit zu stellen. Auf das Bibliothekenwesen angewandt, bedeutet es nichts anderes, als uns mit dem unverrückten Ziel auf das Eine

zusammenzuschließen und Hand-in-Hand zu arbeiten.“

Volquart Pauls sah sich hierauf zu einer erneuten Entgegnung veranlaßt („Ein letztes Wort an Herrn Langfeldt“, Flensburger Nachrichten vom 24. Dezember 1920), in der er zu Beginn nochmals die Auffassung Langfeldts von der angeblich zu geringen Benutzung der Landesbibliothek widerlegte. Er wies dann die Polemik Langfeldts zurück und stellte einige Mißverständnisse richtig. „Wie ich mir die Durchführung des Planes, d. h. die Errichtung einer solchen Bibliothek (für Nordschleswig, W. L.) denke, werde ich nicht der großen Öffentlichkeit unterbreiten, sondern an anderer Stelle niederzulegen mir gestatten.“ Damit hatte es offensichtlich sein Bewenden, denn über weitergehende Entwürfe und Planungen Pauls zu dieser Frage ist mir nichts bekannt.

Am 19. Februar 1921 meldete sich Langfeldt noch einmal mit einem kleinen Artikel in den Flensburger Nachrichten zu Wort („Eine zweite dänische Bibliothek in Flensburg und wir?“). Hierin berichtete er, daß am ersten Jahrestag der Volksabstimmung in der ersten Zone eine zweite Bibliothek im Flensburger Stadtzentrum durch die dänische Minderheit eröffnet wurde. Demgegenüber sei auf deutscher Seite nichts geschehen, um das Büchereiwesen der Stadt finanziell und räumlich spürbar zu fördern. Er erinnerte erneut an seine bereits im Vorjahr ausgesprochene „Erwartung ...“, daß die immer rührigen Dänen nicht nur für die Erhaltung des Dänischen im bisherigen Sprachgebiet Sorge tragen würden, sondern alles daran setzen würden, ihre Sprache noch weiter zu verbreiten und mit dänischem Geiste auch dänische Gesinnung auszustreuen. Ich sagte voraus, daß der Kampf gegen das Dänentum ernst und heiß werden würde.“

Damit war diese Kontroverse beendet. Die seit 1920 geltende deutsch-dänische Staatsgrenze ist zwar zunächst oft angezweifelt worden, hat sich aber letztlich als stabil erwiesen. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 erlangte die Bibliotheksarbeit im Grenzland im Hinblick auf die schwierige Lage der deutschen Minderheit nach dem Ende der deutschen Besetzung Dänemarks und die Aktivitäten der stark vergrößerten dänischen Minderheit südlich der Grenze vorübergehend eine ähnliche Bedeutung wie nach 1920. Beide Minderheiten haben seither ein sehr differenziertes System kultureller Einrichtungen aufbauen können, das zur Bereicherung des kulturellen Lebens im Grenzraum entscheidend beiträgt. Auf dem Gebiet des Bibliothekswesens sind vor allem die Dansk Centralbibliothek in Flensburg mit ihrer „Schleswigschen Sammlung“¹⁰ und die Deutsche Zentralbücherei in Apenrade zu nennen.

Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek ist — nach einer Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg — nicht zuletzt dank der jahrzehntelangen Aufbauarbeit durch Volquart Pauls — zu einer stetig wachsenden zentralen landeskundlichen Bibliothek geworden. Zwar wurde nach 1945 auch das Thema einer Verlegung der Bibliothek aus dem zerstörten Kiel diskutiert und für einige

Zeit ihr Umzug nach Schleswig in das Schloß Gottorf¹¹ geplant. Doch Flensburg stand offensichtlich nicht mehr zur Diskussion, wäre die Bibliothek doch hierdurch aus ihrer notwendigen Verbindung zur Landesuniversität gelöst und eher an die Peripherie gerückt worden.

Die Kontroverse von 1920 zeigt, wie sehr auch Bibliotheken ein „Politikum“ darstellen können und in solche politischen Zielsetzungen einbezogen werden, die uns heute fremd erscheinen. Sie ist ein kleines Stück schleswig-holsteinischer Bibliotheksgeschichte, die zu schreiben noch ein Desiderat ist.

ANMERKUNGEN:

- 1 Pauls leitet die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek von 1919 bis 1948. Vgl. Olaf Klose, Volquart Pauls, in: Schleswig-Holsteinische Biographien, Neumünster 1962, S. 77-79; ders., Volquart Pauls, in: ZSHG, Bd. 79 (1955), S. 9-16.
- 2 Offensichtlich handelte es sich — wie meine Anfrage beim Flensburger Tageblatt ergab — um Johann Langfeldt, von 1904 bis 1924 Leiter der Flensburger öffentlichen Bibliothek (vgl. Hans Peter Johannsen, Sieben schleswigsche Jahrzehnte, Schleswig 1978, S. 47 und S. 49) und nicht um seinen Sohn, dem im Bereich des öffentlichen Büchereiwesens namhaften Bibliothekar Johannes Langfeldt (1893- 1981). Vgl. über den letztgenannten den Nachruf von Rudolf Joerden, in: Buch und Bibliothek, Jg. 33 (1981), Nr. 9, S. 781 ff.
- 3 Otto Brandt/Wilhelm Klüwer, Geschichte Schleswig-Holsteins, 8. Auflage, Kiel 1981, S. 323.
- 4 Langfeldt wies außerdem noch auf die Flensburger Gymnasialbibliothek hin. — Das Hauptwerk des Katalogs der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek war 1898, der erste Nachtrag 1907 erschienen. Vgl. Wilfried Lagler, Die Schleswig- Holsteinische Landesbibliothek. Entwicklung und Bedeutung, Köln 1981, S. 17 f.
- 5 Wilfried Lagler, Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, S. 68.
- 6 Nur am Rande sei vermerkt, daß der Landesbibliothekar und Historiker Pauls den grenzrevisionistischen Bestrebungen der dänischen Minderheit nach 1945 mit Entschiedenheit entgegentrat. Vgl. seine Schrift „Ist ‚Südschleswig‘ wirklich dänisch?“, o. O. u. J. (1948) (Schriften des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Nr. 3).
- 7 Vgl. Wilfried Lagler, Die Minderheitenpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung während des Kabinetts v. Hassel (1954-1963), Neumünster 1982 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 78), S. 151.
- 8 Wilfried Lagler, Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, S. 70.
- 9 1932: 7 242 entliehene Bände, 9 006 Besucher (ibid.), Gesamtbestand 1920: 33 887 Bände, 1932: 50 389 Bände (ibid., S. 113).
- 10 Südschleswig — der Landesteil und die dänische Volksgruppe (Hrsg.: Sydslesvigsk Forening), Flensburg 1980, S. 35.
- 11 Wilfried Lagler, Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, S. 36 f.

Neubeginn und kritische Rückschau

*Einige Bemerkungen zu Rudolf Stehrs Erinnerungen**

Neben dem Führer der „National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Nordschleswig“ (NSDAPN), Tierarzt Dr. Jens Möller, und dem Leiter des „Organisationsamtes“ der Partei, dem ehemaligen Oberleutnant Peter Larsen, spielte Dr. Rudolf Stehr seit 1937 als Assessor in der Kreditanstalt Vogelgesang und als Leiter der beiden Parteikontore, „Amt für Presse und Propaganda“ und „Amt für Agrarpolitik“, eine ganz wichtige Rolle in der Politik der deutschen Minderheit Nordschleswigs. 1941 schied Stehr als Prokurist der Kreditanstalt aus (S. 39), doch nahm er beratend an den Aufsichtsratssitzungen dieses „Bodenkampf“-Instituts teil, so daß der NSDAPN der Einfluß auf die deutsche Bodenpolitik in Nordschleswig erhalten blieb.¹

Von 1943 bis 1945 leitete Stehr dann das sogenannte Volksgruppenkontor in Kopenhagen („det tyske kontor under Statsministeriet“), das die NSDAPN unter der Federführung von Asmus Wilhelm Jürgensen („Asmus von der Heide“) in einem „Schulungsbrief“ der Partei als „großen Sieg“ der nationalsozialistischen Weltanschauung feierte:² „... Wir [die deutschen Nordschleswiger] blieben den Wahlen [Folketingswahlen vom 23. 3. 1943] fern. Unser Kriegseinsatz [Kriegsfreiwillige usw.] erlaubte uns keinen parlamentarischen Wahlkampf. Auf der andern Seite aber lehnen wir an sich diesen lächerlichen Parlamentarismus ab, denn er entspricht nicht unsern politischen Lebensformen. Diese konsequente Haltung hat uns einen entscheidenden Sieg eingebracht: Wir haben das demokratische Folketingsmandat³ vertauscht mit einem nationalsozialistischen Kontor im dänischen Staatsministerium. Damit haben wir unsere Lebensform in unserer Vertretung beim demokratischen Staatswesen durchgesetzt. Gleichzeitig vollzog sich damit der erste nationalsozialistische Einbruch in das dänische Staatsgefüge. Dieser Einbruch mußte kommen, denn auf die Dauer kann der dänische Staat, dessen Staatsbürger wir ja wider unsern Willen sind, nicht verlangen, daß wir als Angehörige des größten europäischen Volkes uns den demokratischen Lebensformen fügen. Er hat vielmehr dafür zu sorgen, sofern er uns behalten will, daß wir auch als Nationalsozialisten in voller Freiheit unserer völkischen und weltanschaulichen Einstellung gemäß leben können. In dem

* Rudolf Stehr, Neubeginn und kritische Rückschau. Erlebnisse - Erfahrungen und Betrachtungen aus Jahrzehnten in Nordschleswig und Kopenhagen. Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Heft 43/44, 1981 (Apenrade), S. 5-113.

Ringen um die Lösung der Spannung, die aus zwei verschiedenen Weltanschauungen entspringt, haben wir also einen wirklichen und wegweisenden Erfolg davongetragen, der die Möglichkeit einer endgültigen Lösung in allen Fragen wesentlich fördern wird ...“

Solche Töne konnten Rudolf Stehr als Leiter dieses Kontors und als Mitglied des „Kleinen Führerrates“ der NSDAPN nicht unbekannt sein. Angesichts der exponierten politischen Stellung Stehrs wird der Leser seiner Betrachtungen erwarten dürfen, daß Stehr zu den in diesem „Schulungsbrief“ angesprochenen Themen Stellung nimmt: Welche kritische Analyse des — seines — Nationalsozialismus trägt er vor und wie behandelt er das Loyalitätsproblem (u. a. die Grenzrevisionsforderung) aus seiner Sicht?⁴ Um es gleich zu sagen: Der Leser wird hierauf leider keine klaren Antworten erhalten.

Am 10. 6. 1945 wurde Stehr dann in Kopenhagen verhaftet, am 28. 9. 1949 nach gut vierjähriger Untersuchungshaft aus dem Lager Faarhus entlassen. 1949—1951 arbeitete Stehr in einer Kopenhagener Schuhfabrik, um dann am 1. 12. 1951 (bis 1972) (General) Sekretär der deutschen Nordschleswiger zu werden.⁵ So hat Rudolf Stehr auch nach dem Zweiten Weltkrieg die politische Linie der deutschen Minderheit in Nordschleswig nachhaltig mit bestimmen können. Fraglos genoß Stehr wegen seiner persönlichen Integrität hierbei nicht nur in den Reihen der deutschen Nordschleswiger hohen Respekt.

Schon früh interessierte sich der junge Nordschleswiger Rudolf Stehr für das Schicksal seiner Heimat. Anfang 1925 bat er als junger Student Schmidt-Wodder⁶ um Material zur Nordschleswigfrage, damit er vielleicht in seinem Studienort Freiburg „Aufklärung“ „über die Verhältnisse in der Nordmark“ betreiben könne.⁷ Anlässlich der Folketingswahl Ende 1932 schickte Stehr dann über Ernst Schröder⁸ ein längeres Gutachten⁹ mit Vorschlägen, wie der Wahlkampf des Schleswigschen Wählervereins¹⁰ noch effektiver geführt werden könnte. In seiner Antwort¹¹ betonte Schmidt, daß neben den wirtschaftlichen Argumenten das Nationale und das Kulturelle nicht fehlen dürfte. Stehr antwortete¹² aus Kiel, daß es nur Hilfestellung habe leisten wollen — als Kritiker sei er noch „reichlich jung“. Diese kurzen Hinweise auf die Zeit vor 1937 — erst dann wurde Stehr wirklich aktiv in Nordschleswig — mögen verdeutlichen, daß Stehr schon sehr früh sich für Nordschleswig interessierte und bei allem Eifer für „neue“ Ideen bereit war, mit der alteingesessenen Minderheitenführung an dem Vorhandenen weiterzuarbeiten. So bleibt Stehr in seiner „kritischen Rückschau“ Schmidt-Wodder gegenüber stets positiv eingestellt. Von den politischen Machtkämpfen um die Führung in Nordschleswig nach 1933, die schließlich Jens Möllers NSDAPN 1935 an die Macht brachte und Schmidt-Wodder 1939 auch das Folketingsmandat nahm, war Stehr weitgehend freigeblieben, da er als junger Assessor noch 1936-37 im Westküstenplanungsdezernat des Oberpräsidiums in Kiel arbeitete (S. 35).

Schmidt-Wodder sei für ihn die Verkörperung „der heimdeutschen Tradition“ (S. 27) und wird als „Nestor“ der deutschen Minderheit gewürdigt (S. 40-41). Es ist in diesem Zusammenhang bedauerlich, daß Stehr meine allerdings kritischen Bemerkungen zu Schmidt-Wodder, die u. a. auch in den Grenzfriedensheften veröffentlicht worden sind,¹³ weder in seiner ansonsten umfangreichen Literaturliste (S. 110-113)¹⁴ aufgenommen hat noch in seiner Darstellung verwertet.

Gleichfalls zu „rosig“ sieht Stehr die politische Tätigkeit und Brisanz des Vogelgesangschen Kreditinstituts in Hadersleben (S. 35-39), die zweifellos nicht nur streng wirtschaftliche und „banktechnische“ Richtlinien befolgte, sondern ganz sicher auch — vor allem — nationalpolitische Ziele verfolgte, die Bodenbesitz im wahrsten Sinne des Wortes „heiligte“ und hier im besonderen Falle Nordschleswig als „Nachweis“ für die „ungerechte“ Grenzziehung von 1920 benötigte. Dies haben neuere Forschungen¹⁵ erarbeitet und hätte von Stehr berücksichtigt werden können, zumal Stehr nach 1937 die Tätigkeit des Instituts und seiner Erweiterung („Höfeverwaltungsgesellschaft“) bestens kannte und selbst „den Schwerpunkt mehr nach außen hin und weniger im banktechnischen Bereich nach innen sah“ (S. 37). Natürlich waren die „Bodenverluste“ der deutschen Minderheit nach 1920 im Rahmen einer Politik sehr schmerzlich, die eine Grenzrevision erstrebte.¹⁶

In einer kurzen Einleitung schließt Stehr „Irrtümer“ (S. 5) seiner Betrachtungen nicht aus, ein Tagebuch habe er nicht geführt. Außerdem wolle er seine Darlegungen so verstanden wissen, daß sie bereits vorhandene Darstellungen, die die Politik der deutschen Minderheit — insbesondere während des Krieges — beleuchten, „ergänzen“.

Erinnerungen haben in der Geschichtsschreibung immer ihren besonderen — persönlichen — Stellenwert; bei aller Subjektivität können sie sehr wohl wichtige Hinweise für eine Forschung liefern, die sich mit geistiger Redlichkeit um „Wahrheitsfindung“ müht und sich dessen bewußt ist, daß sie gleichsam nicht im „luftleeren Raum“ stehend, zum besseren „Verstehen“ des Vergangenen für die Gegenwart und Zukunft pädagogisch-politische Orientierungshilfe leistet. Für eine solche Arbeit Hilfestellung zu geben, hat Stehr leider weitgehend versäumt. Deshalb muß insgesamt Bjørn Svensson zugestimmt werden, wenn er bemerkt, daß Stehrs Rückblick nur „verstreut“ „persönliche Erinnerungen“ aufweist und vor allem „nicht selbstkritisch genug“ ist.¹⁷

Stehr konzentriert sich vor allem auf eine — aus seiner Sicht — kritische Analyse der sogenannten „Rechtsabrechnung“, die die deutschen Nordschleswiger nach 1945 stark belastete (S. 62 ff.). Das Strafondergesetz vom 1. 6. 1945 (Fassung vom 29. 6. 1946) und das „Værnemagergesetz“ vom 28. 8. 1945 hätten mit rückwirkender Kraft Frontfreiwillige, Zeitfreiwillige, Selbstschutzleute und Personen, „die wirtschaftlich mit der Besatzungsmacht zusammengearbeitet

hatten“ (S. 82- 83), und schließlich auch den „Kleinen Politischen Rat“ der Minderheit unverhältnismäßig hart getroffen. Auch hier ist B. Svensson im wesentlichen zuzustimmen, daß vieles an der „Rechtsabrechnung“ auszusetzen sei,¹⁸ doch argumentiere Stehr in diesem Zusammenhang zu einseitig.

Wo bleibt Stehrs kritische Stellungnahme zur Besetzung Dänemarks durch Hitler-Deutschland — ein Überfall, der von Anfang an materielle Verluste, Demütigungen und Menschenopfer von Dänemark forderte und nach dem August 1943 kriegszustandähnliche Verhältnisse in Dänemark hervorrief? Es kann doch in keinem Augenblick daran gedacht werden, daß die entschiedene Mehrheit der dänischen Bevölkerung die deutsche „Friedensbesetzung“ Dänemarks guthieß oder insgesamt Hitlers Eroberungen zustimmte. Stehrs Hinweis auf die „singemäßige“ Anwendung der Haager Landkriegsordnung im Falle der Besetzung Dänemarks (z. B. S. 40) kann in diesem Zusammenhang nicht überzeugen. Hoffte die Minderheit — und mit ihr Stehr — nach dem 9. April 1940 nun nicht auf eine baldige „Heimkehr“ ins Reich? Es gibt hierfür deutliche Zeichen — und das schon seit 1920. Doch darf nicht verkannt werden, daß die deutschen Nordschleswiger in den Jahren der Besetzung politisch in jeder Beziehung überfordert waren. Zu viele „große“ Hoffnungen und Perspektiven häuften sich damals auf, über die längst nicht mehr in Nordschleswig entschieden wurde.

In dieser Situation schien Stehr kühlen Kopf zu bewahren; denn bei seinem „Antrittsbesuch“ beim dänischen Staats- und Außenminister Erik Scavenius¹⁹ nach der Wahl vom 23. 3. 1943 betonte er sein Bemühen, „im Sinne einer ausgleichenden Funktion und einer deutsch-dänischen Zusammenarbeit“ im neugegründeten Volksgruppenkontor zu wirken (S. 43). Die „Versachlichung“ der Arbeit scheint Stehr in Kopenhagen gut gelungen zu sein. Seine Kopenhagener Zeit schildert Stehr recht ausführlich — dies gilt auch für die Zeit nach dem 5. Mai 1945 bis zu seiner Verhaftung am 10. 6. 1945 in Kopenhagen. In dieser Zeit bemühte er sich couragiert, etwas für die deutschen Nordschleswiger zu erreichen oder zumindest die für die Minderheit wichtige politische Entwicklung zu erfassen. Davon zeugen auch Briefe Stehrs an Schmidt-Wodder, dem Stehr Ende Mai/Anfang Juni 1945 lange Betrachtungen aus Kopenhagen über die Entwicklung in der dänischen Hauptstadt schrieb. Dies stand auch mit Schmidt-Wodders Bemühungen im Zusammenhang, einen „neuen Anfang“ für die deutschen Nordschleswiger zu schaffen.

Hierüber kann an dieser Stelle nur angedeutet werden, daß Schmidt-Wodder in dieser Zeit ausführlich mit Schmidt-Gorsblock²⁰ und Ernst Siegfried Hansen²¹ korrespondierte und auch eine Eingabe an den dänischen Staatsminister Vilhelm Buh²² sandte. Im Zusammenhang mit Stehr ist festzustellen, daß dieser die Debatten um und über die Strafgesetze genau verfolgte, sich Gedanken über die nächste Folketingswahl machte, über die dänische Diskussion über die Zensur der

„Nordschleswigschen Zeitung“ berichtete und trotz aller Verbitterung über die „Verzerrungen“ in der dänischen Presse nicht den Mut und die Zuversicht verlor, „daß der Norden und wir zusammengehören und daß diese Zusammengehörigkeit sich früher oder später befruchtend für die beteiligten Völker durchsetzen wird ...“²³

Was erfahren wir nun aus den Erinnerungen Stehrs über dessen Haltung zu seiner nationalsozialistischen „Vergangenheit“? Heben wir nochmals²⁴ deutlich hervor, daß es in keinem Falle darum geht zu untersuchen, ob ein „Kniefall“ erfolgt oder nicht. Es geht auch nicht darum, „die Arbeit in der damaligen Zeit in Bausch und Bogen zu verwerfen oder sich inhaltlich von ihr [Stehrs Arbeit im Kieler Oberpräsidium für die Westküste] abzusetzen“ (S. 35).

Auffällig ist zunächst, das Stehr die Begriffe „Nationalsozialismus“ oder „nationalsozialistisch“ weitgehend vermeidet.²⁵ Stehr ist äußerst zurückhaltend in seiner „kritischen Einkehr“ (S. 13); zwar gibt er zu, daß manche seiner damaligen Äußerungen und Artikel „verletzend“ gewirkt haben konnten (S. 87) und er ist auch bereit, „die menschlich-politische Verantwortung für die Vergangenheit“ (S. 99) zu tragen, die viel „schwerer als jede strafrechtliche Reaktion durch den Staat [Rechtsabrechnung] wiegt“ (S. 99),²⁶ dennoch geht es Stehr vorrangig darum, wie die deutschen Nordschleswiger sich nach 1945 möglichst reibungslos in die neue Situation einfinden konnten.

Vielleicht könnte man Stehrs Verhältnis zum Nationalsozialismus am ehesten in seiner persönlichen Beurteilung und Wertschätzung von Jens Möller erkennen (S. 60-61): Möller sei von der „neuen Bewegung“ „fasziniert“ gewesen und erhoffte sich hiervon eine „Erneuerung des deutschen Volkes — unter Lösung von den Bindungen des Versailler Vertrages“. Trotz seiner Begeisterung für die „nationalsozialistische Bewegung“ sei Möller eine selbständige und selbstbewußte Persönlichkeit geblieben, die nie „blinder Befehlsempfänger“ wurde. Diese „positive“, „idealistische“ Seite eines nationalsozialistischen „Kämpfers“ mag Stehr sehr gefallen haben, eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus liegt hier allerdings leider nicht vor.

Natürlich wußte Rudolf Stehr, daß er durch „die Vergangenheit und insbesondere auch durch die Rechtsabrechnung nach dem Kriege belastet war“ (S. 12), als er sich 1951 dazu entschied, politisch wieder aktiv für die deutschen Nordschleswiger zu wirken. Es spricht für Stehrs Ehrenhaftigkeit, daß er nicht diesen Belastungen auswich und versuchte, das Bestmögliche aus der Situation zu machen.

Dennoch sei es gestattet, hier einige Bemerkungen vorzubringen. Bei der Übernahme seiner Tätigkeit im Sekretariat am 1. 12. 1951 mußte Stehr von der Grundsatzklärung des „Bundes deutscher Nordschleswiger“ vom 22. 11. 1945 „ausgehen“ (S. 14): „Diese Grundsatzklärung²⁷ bezog sich auf die Existenz der Volksgruppe innerhalb des dänischen Staatsverbandes. Sie war verbunden mit

der Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat und der Grenze des Jahres 1920. Man ging im Jahre 1945 demnach von dem bestehenden Zustand aus und liquidierte offiziell die seit 1920 erhobene Forderung nach einer neuen ‚Entscheidung‘. Wichtig war, daß diese Erklärung für alle Mitarbeiter als verbindlich erklärt wurde...“

Eine „Synthese zwischen deutscher Volkszugehörigkeit und dänischer Staatsangehörigkeit“ (S. 14) sollte erzielt werden. Stehr betont auch die Aufgabe, die „Aufspaltung der Volksgruppe“ unter allen Umständen zu vermeiden. Auch wenn Stehr nicht ausdrücklich von sich sagt, daß er persönlich die Grenze von 1920 nun ausdrücklich anerkennt, ist ganz sicher davon auszugehen, daß er hierin die Grundsatzklärung des „Bundes deutscher Nordschleswiger“ akzeptierte. Ob dies für alle Beteiligten galt, muß mit einem Fragezeichen versehen werden: Zu stark hatte die seit 1920 erhobene Grenzrevisionsforderung bis 1945 gewirkt. Daß den deutschen Nordschleswigern in der Stunde „Null“ keine andere Wahl als die Anerkennung der Grenze blieb, soll hierbei nicht übergangen werden. Wenn 1945 und auch 1951 „offiziell“ die Grenzrevisionsforderung „liquidiert“ werden mußte und „alle Mitarbeiter“ auf die Grundsatzklärung „verpflichtet“ werden mußten, kann damals von einer inneren Überzeugung aller Beteiligten kaum gesprochen werden.

Es wäre zudem überzeugender gewesen, wenn Stehr im Zusammenhang mit der Grundsatzklärung des „Bundes deutscher Nordschleswiger“ nachdrücklich auf den Artikel 2²⁸ hingewiesen hätte, in dem sich der „Bund“ ausdrücklich zu den „Grundsätzen der Demokratie“ bekennt. Dies zu realisieren, kann gewiß als sehr schwierige Aufgabe angesehen werden, und es verdeutlicht zugleich, daß der Nationalsozialismus mehr als nur ein unglücklicher „Betriebsunfall“ war, den man durch eine rasche „Reparatur“ beseitigen konnte.

Angesichts der heute vorhandenen neonationalsozialistischen Aktivitäten — und hiermit gehen wir weit über Nordschleswig hinaus — sehen wir, daß die Aufgabe zur demokratischen Erziehung längst nicht abgeschlossen ist und sicherlich eine ständige Herausforderung bleibt. Als jüngerer Leser der Erinnerungen Stehrs hätte man sich gewünscht, daß Stehr viel deutlicher zu den „heiklen“ Fragen Stellung bezogen hätte — dies insbesondere im Interesse der jungen und jüngeren Nordschleswiger, die, persönlich von der „Vergangenheit“ vor 1945 unbelastet, auf eine aufrichtige sinnvolle demokratische deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Grenzregion hinarbeiten (S. 33, unten).

ANMERKUNGEN

- 1 vgl. u. a. Johan Peter Noack, *Det tyske mindretal i Nordslesvig under besættelsen*. Dansk Udenrigspolitisk Instituts Skrifter 6/1974, København — Århus 1975, S. 135 ff.

- 2 Noack, s. o., S. 148-149; Abdruck in: Bilag til beretning til Folketinget afgivet af den af tinget under 25. oktober 1950 nedsatte kommission i henhold til grundlovens § 45, XIV, Det tyske mindretal under besættelsen, bd. 2, Tyske dokumenter, København 1953, S. 801, nr. 167.
- 3 Abgeordnete der deutschen Minderheit waren: Johannes Schmidt-Wodder 1920 bis 1939 und Jens Möller 1939 bis 1943.
- 4 Um es ganz deutlich zu sagen: Irgendein „Kniefall“ wird hier nicht erwartet, sondern nur eine sachliche Analyse.
- 5 Die Gründungserklärung des „Bundes deutscher Nordschleswiger“ erfolgte am 22. November 1945.
- 6 In den Grenzfriedensheften liegen bereits einige Darstellungen zu Schmidt-Wodder (1869-1959) vor: „Verklärend“ ist sicherlich die Würdigung Schmidts durch Schmidt-Gorsblock, GFH 1/1959, S. 20 ff., kritisch analysierend dagegen sind R. Schenk, GFH 1/1970, S. 13 ff. und P. Hopp, GFH 1/1975, S. 24 ff. Von 1920 bis 1939 vertrat Schmidt-Wodder die deutsche Minderheit im dänischen Folketing.
- 7 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 399, Nachlaß Johannes C. Schmidt-Wodder, Akte Nr. 13 Studentenschaft, Stehr an Schmidt-Wodder, 1. 4. 1925.
- 8 Ernst Schröder (1889-1951), „graue Eminenz“ im „Grenzkampf“, unterhielt u. a. ein „Korrespondenzbüro Nordschleswig“ in Flensburg, war Vertrauter des Auswärtigen Amtes in Berlin und hatte großen politischen Einfluß auf die „Nordschleswigsche Zeitung“ (ab 1. 2. 1929).
- 9 LAS, Abt. 399 Nachlaß Schmidt-Wodder, Akte o. Nr. Folketingswahlen u. andere Wahlen, Schröder an Schmidt-Wodder, 1. 12. 1932 — Stehrs Gutachten vom 30. 11. 1932.
- 10 Nach 1920 der politische Zusammenschluß der deutschen Minderheit in Nordschleswig — nach 1933 politisch sehr schnell fast bedeutungslos.
- 11 vgl. 9 Schmidt-Wodder an Stehr, 5. 12. 1932.
- 12 vgl. 9 Stehr an Schmidt-Wodder, 17. 12. 1932.
- 13 vgl. 6 P. Hopp, Pastor Johannes Schmidt-Wodder (1869-1959), Ein Forschungsbericht, S. 24-35 (Grenzfriedenshefte 1/1975). Stehrs allgemeiner Hinweis auf die GFH ist doch zu pauschal (S. 110).
- 14 Auf einen pikanten Fehler sei hierbei spaßeshalber noch aufmerksam gemacht: Auf S. 110 muß es natürlich zu T. Finks Arbeit, „Da Sønderjylland blev delt 1918- 20“, „Institut for Grænseregionsforskning“ heißen und nicht „Institut for grænserevisionsforskning“.
- 15 P. Hopp, Bodenkampf und Bauernbewegung, Von der Anfangsphase der Kreditanstalt Vogelgesang bis zum Ende der Sammlungsbewegung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Band 100/1975, S. 217-320; Kim Salomon, Konflikt i Grænseland, Sociale og nationale modsætninger i Sønderjylland 1920-33, Gyldendal — København 1980; John Skonberg, Den sønderjyske støttelovgivning 1925-1929, in: Erhvervshistorisk Årbog 1978, S. 149-178.
- 16 Abgesehen vom nationalen „Kampf“, ist es menschlich natürlich ungemein bitter für einen Bauern, aus wirtschaftlichen Gründen seinen Hof zu verlieren.
- 17 Bjørn Svensson, Stehrs tilbageblik, in: Sønderjysk Månedsskrift 2/1982, S. 56-58.
- 18 Svensson, s. o., S. 57.

- 19 Dänischer Staats- und Außenminister war Scavenius vom 9. 11. 1942 bis 30. 8. 1943. Formell erfolgte seine Demission erst am 5. 5. 1945.
- 20 Schmidt-Gorsblock (1889-1982), Bauer, Pädagoge und Schriftsteller, kann als „Schüler“ Schmidt-Wodders angesehen werden.
- 21 Ernst Siegfried Hansen war ganz entscheidend beteiligt an der Gründung des „Bundes deutscher Nordschleswiger“ am 22. 11. 1945. Vgl. dazu: ders., Disteln am Wege, Von der Besetzung Dänemarks bis zu den Bonner Erklärungen, Bielefeld 1957.
- 22 Vilhelm Buhl war zuerst vom 3. 5. 1942 bis 9. 11 1942 und dann wieder vom 5. 5. 1945 bis 7. 11. 1945 dänischer Staatsminister.
- 23 LAS, Abt. 399 Nachlaß Schmidt-Wodder, Akte Nr. 25 Briefwechsel mit verschiedenen Gruppen und 1945 — Briefe aus jüngerer Zeit, Stehr an Schmidt-Wodder, 6. 6. 1945 — dazu noch andere Briefe Stehrs an Schmidt.
- 24 vgl. 4.
- 25 Sie tauchen z. B. auf: S. 36 und S. 60.
- 26 Dem kann nur voll zugestimmt werden.
- 27 Abgedruckt in (z. B.): Materialien zur Geschichte Schleswigs, herausgegeben vom Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig, Apenrade 1976, S. 124-125.
- 28 vgl. 27, S. 124.

Zum Verständnis des deutsch-dänischen Konflikts von 1863/64

Jens Jacobsen meint in seinem Vortrag „Flensburg — in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung“ (Grenzfriedenshefte 2/1982), die dänisch-schleswigsche „Novemberversfassung“ von 1863 sei ein „Bruch des Londoner Protokolls“ gewesen. Diese weitverbreitete, anscheinend unausrottbare Ansicht ist, historisch gesehen, falsch. Der Londoner Vertrag vom 5. Mai 1852 — oft unzureichend „Protokoll“ genannt — ist nicht nur von Dänemark und Schweden — Norwegen, sondern von allen europäischen Großmächten (Österreich, Preußen, Großbritannien, Frankreich und Rußland) unterzeichnet worden; in ihm wird Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg — der spätere König Christian IX. — als künftiger Thronfolger für die Gesamtheit der dänischen Monarchie anerkannt, außerdem der Grundsatz der Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie festgelegt. Über die Stellung des Herzogtums Schleswig innerhalb der Gesamtmonarchie findet sich im Vertragstext kein Wort. Dagegen hatte sich die dänische Regierung in „Absprachen“ (dän. aftaler, engl. agreements), die sie vor dem Londoner Vertrag in diplomatischen Verhandlungen mit Preußen und Österreich 1851/52 getroffen hatte, verpflichtet, auf gesetzmäßigem Wege eine Gesamtstaatsverfassung zu schaffen, die auf der Gleichstellung der einzelnen Landesteile beruhen sollte. Insbesondere sollte Schleswig nicht näher an Dänemark geknüpft werden als Holstein und Lauenburg; ausdrücklich sagte König Friedrich VII. zu, daß „weder eine Inkorporation des Herzogtums Schleswig ins Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckenden Schritte vorgenommen werden sollen“. Dänemark übernahm damit schwerwiegende Verpflichtungen, die das Scheitern der eiderdänischen Politik bedeuteten. Im Gegenzug erklärten sich die beiden deutschen Mächte damit einverstanden, daß der „Schleswig-Holsteinismus“, die verwaltungsmäßige Verbindung Schleswigs und Holsteins (mit einigen Ausnahmen) aufhören sollte. Zum Verständnis der Ereignisse von 1863/64 ist die Kenntnis dieser Vereinbarungen unbedingt nötig, und nur die Frage könnte strittig sein, ob der Weg, den Dänemark vor allem seit dem Märzpatent 1863 einschlug, mit ihnen zu vereinbaren war.

Der Verfasser des Aufsatzes in den Grenzfriedensheften sagt, im wörtlichen Anschluß an W. Klüver (Brandt/Klüver, Geschichte Schleswig-Holsteins, Kiel 1981, S. 268), daß das Patent vom 30. März 1863 die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg endgültig beseitigte. Doch hatte Dänemark bereits

1858 auf die Beschwerde der Frankfurter Bundesversammlung die Gesamtstaatsverfassung von 1855 für Holstein und Lauenburg aufgehoben. Das Märzpatent geht einen Schritt weiter, indem es den Herzogtümern Holstein und Lauenburg weitgehende Rechte auf Selbstverwaltung gewährt. Der Sinn dieser Maßnahme war: Freigabe der beiden Herzogtümer, damit ein Dänemark bis zur Eider entstehen kann. Die Absicht, Verfassung und Gesetzgebung für die ganze Monarchie zu regeln, ist damit aufgegeben. Selbst ein den Dänen so freundlich gesinnter Diplomat wie der britische Gesandte in Kopenhagen, Sir Augustus Paget war der Ansicht, man könne unmöglich leugnen, daß das Patent unvereinbar sei mit den Abmachungen, die die dänische Regierung 1851/52 mit Preußen und Österreich vereinbart habe.

Unter dem Blickwinkel dieser Vereinbarungen ist auch die dänische Novemberversfassung zu beurteilen. Nicht entscheidend ist, wie der Verfasser — wieder im Anschluß an Brandt-Klüver — meint, daß mit ihr „das letzte schwache Band zwischen den Herzogtümern beseitigt“ wurde. Die Verbindung zwischen Schleswig und Holstein war bereits im Einvernehmen mit Preußen und Österreich 1851/52 aufgelöst worden. Entscheidend war vielmehr die Frage, ob die Verfassung eine Verletzung der Verpflichtungen war, die Dänemark in den Verhandlungen mit den beiden Mächten übernommen hatte. Man kann einwenden, daß die für Dänemark und Schleswig gemeinsame Verfassung keine völlige Verschmelzung Schleswigs mit dem Königreich bedeutete; dem Herzogtum blieben lokale Institutionen und eine gewisse provinzielle Selbständigkeit erhalten. Aber Dänemark hatte ja nicht nur versprochen, Schleswig nicht zu „inkorporieren“ ins Königreich, sondern auch keine die Inkorporation „bezweckenden Schritte“ vorzunehmen, und zweifellos war jetzt das Ziel, Schleswig und Dänemark zu vereinen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Verfassung weder die Inkorporation Schleswigs noch einen Schritt auf sie hin bedeutete, war sie doch die Preisgabe der Gesamtstaatspolitik mit Gleichstellung der Landesteile, wie sie in den Absprachen von 1851/52 zugesagt worden war.

Den Londoner Vertrag von 1852 wollte Dänemark nicht aufheben oder verletzen, sondern verwirklichen, um die Thronfolge Christians IX. und die Integrität der Gesamtmonarchie zu sichern. Die in diesem Vertrag (Art. 3) enthaltenen, lediglich Holstein und Lauenburg betreffenden Verpflichtungen suchte es trotz schwerster Bedenken möglichst zu erfüllen. Daher räumte es diese beiden Herzogtümer auch kampflos der Bundesexekution im Dezember 1863. Preußen und Österreich erklärten im November 1863, sie fühlten sich gebunden an den Londoner Vertrag, aber er und die Absprachen seien ein unteilbares Ganzes, und eben diese Absprachen seien durch Dänemark verletzt worden. So ist es zu verstehen, daß nur Österreich und Preußen um Schleswig Krieg führten. Eine Bundesexekution

konnte die Rechte der zum Deutschen Bund gehörenden Herzogtümer Holstein und Lauenburg schützen, aber keinen Einfluß auf die Stellung Schleswigs ausüben. Nur Preußen und Österreich hatten einen Rechtsanspruch, Dänemark auf die Einhaltung seiner Verpflichtungen hinzuweisen, nur ihnen gegenüber hatte es zugesagt, auf die Einverleibung Schleswigs zu verzichten. Der Deutsche Bund hatte in und über Schleswig keinerlei Rechte.

Daher ist der Kampf um Schleswig nicht im Rahmen einer Bundesexekution entbrannt. Mit ihr waren nicht nur Preußen und Österreich beauftragt, wie der Verfasser behauptet, sondern auch Sachsen und Hannover. Tatsächlich haben nur diese beiden Staaten die friedlich verlaufende Exekution in Holstein und Lauenburg durchgeführt; sie allein stellten die beiden „Bundeskommisare“. Die preußischen und österreichischen Truppenteile haben der Exekutionsarmee nur als Reserve gedient und schieden schon im Januar 1864 aus ihr aus.

Bismarck meisterte die schleswig-holsteinische Frage als Frage der großen europäischen Politik. Diese Politik war das Gegenteil von dem, was eine Mehrzahl von Stimmen in Schleswig-Holstein und Deutschland verlangte. Nicht die Lossage vom Londoner Verträge, nicht die Aufkündigung der Absprachen von 1851/52 führten zum Ziel. Der Londoner Vertrag und die dänischen Verpflichtungen waren der Schutzschild, die Ausgangsposition für eine Politik, deren Leitgedanken Bismarck in dem Satz zusammenfaßt: „Der schleswig-holsteinische Gesichtspunkt darf uns den europäischen nicht verdunkeln.“

Wer die Zusammenhänge gerecht beurteilen will, sollte nicht außer acht lassen, vor welche ungeheuer schwierige Aufgabe Dänemark gestellt wurde, als es sich verpflichtete, einen Gesamtstaat „nach konservativen Grundsätzen“ — so hatte der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg im Dezember 1851 verlangt — wiederzuerrichten, der im Zeitalter des Nationalismus, der nationalstaatlichen Bewegungen kaum zu verwirklichen war.

Gedanken über die Deutsch-dänischen Tage

Sieht man sich die lange Reihe der Deutsch-dänischen Tage an, hat man oft das Gefühl, als stehe die Zeit im Grenzland still, und als traue man sich noch immer nicht, eine der brenzlichsten Fragen zu bereinigen, die zu jeder Zeit brenzlige Frage der nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzlande. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, daß man sich hauptsächlich darauf einstellt, diese deutsch-dänische Begegnung einen, so weit möglich, harmonischen Ausklang finden zu lassen. Der frühere Amtsbürgermeister in Sønderjyllands Amt, Erik Jessen, hat dies schon in einigen persönlichen Betrachtungen in der Zeitung „Jydske Tidende“ dargestellt. Auf viele wirkt es trotz allem so, als wenn man vorsichtig um die mehr empfindlichen Fragen herumschleicht, und deshalb lieber Veranstaltungen darbietet, die keinen Anlaß zu Verdruß geben, sondern im Gegenteil eine Art deutsch-dänische Harmonie herstellen, die es, und das wissen wir alle, in Wirklichkeit gar nicht gibt. Frühere Ratschläge, daß man die Tage mehr popularisieren sollte, mehr auf das Volkstümliche gerichtet, wären sicher auch nicht richtig. Die Deutsch-dänischen Tage sollten sich nicht gern zu einer Art volkstümlichen Jahrmarkts entwickeln. Aber meines Erachtens gibt es da viele Fragen, die noch gar nicht geklärt sind, und die eine mehr grundsätzliche Aussprache erforderlich machen.

Deshalb wende ich mich an den Grenzfriedensbund. Der ursprüngliche Architekt der Flensburger Tage, der unvergeßliche Dr. Hans-Peter Johannsen, hat sich sehr bemüht, diese Tage aus dem Alltag herauszuheben, und ist deshalb wohl auch davor zurückgewichen, sich mit den deutsch-dänischen Auseinandersetzungen zu befassen. Wir wissen aber beiderseits der Grenze, daß sich gerade bei den verschiedenen Auffassungen über Minderheitenfragen auch viele ungeklärte Probleme finden, die, wenn sie verkehrt oder einseitig angegriffen werden, leicht neue Auseinandersetzungen mit sich führen können. Aber wir befinden uns doch gewiß nicht mehr in den Zeiten 1945-50. Die großen Spannungen sind überwunden. Es müßte heute schon möglich sein, sich ruhig über die heutigen Verhältnisse zu unterhalten.

Es ist doch eine Tatsache, das wir uns immer noch nicht in allem einig sind. Die verschiedenen Beurteilungen der Zeitschrift „Slesvigland“ sollten doch hier ein deutliches Beispiel sein. Auch wissen wir, daß wir in der Beurteilung der Geschichte Schlesiens nicht ganz übereinstimmen. Auch über die Bezuschussung der Minderheiten gibt es verschiedene Auffassungen, weshalb eine ernsthafte Unterhaltung über diese Fragen wohl angemessen wäre.

Jeder hält fest an seinen Meinungen. Wer Recht oder Unrecht hat, läßt sich manchmal schwer beurteilen. Jeder wird geneigt sein, seine Auffassung als die einzig richtige zu sehen. Und dann liegt die absolute Wahrheit, so weit man sich ihr überhaupt nähern kann, vielleicht irgendwo in der Mitte.

Es war sehr interessant, bei den letzten Deutsch-dänischen Tagen in Hadersleben über die Medienfrage orientiert zu werden. Stellte aber nicht schon „Der Nordschleswiger“ die Frage, ob es der Sinn der Deutsch-dänischen Tage sei, sie zu einem Fachseminar werden zu lassen?! Mir scheint es auch, als wenn die dänische Minderheit in Südschleswig sich kaum mit den Deutsch-dänischen Tagen befaßt. Einige ihrer führenden Persönlichkeiten nehmen zwar an den Tagen teil. Aber irgendwelche Reaktionen fehlen völlig. Auch der „Bund deutscher Nordschleswiger“ bemängelte den Verlauf und forderte in einer Stellungnahme nachher „größere Breite bei den Deutsch-dänischen Tagen“. Daß man gleichzeitig den Wunsch auf eine Einbeziehung der Patenschaft vorbringt, ist vielleicht ein Gedanke, der sich schön anhört, aber sicher beiderseits schwer zu verwirklichen. Die nächsten „Tage“ werden in Flensburg stattfinden und hier ein Teil des 700-jährigen Stadtjubiläums sein. Vielleicht sollte man gerade bei dieser Gelegenheit darauf achten, daß auch die Minderheiten zu Wort kommen, und zwar mit den Fragen, die ihnen am Herzen liegen. Sicherlich wird nicht alles bis 1984 bereinigt sein. Eine Stellungnahme des Grenzfriedensbundes würde hier sicherlich keinen Widerspruch finden. Aber ist der Grenzfriedensbund selber zu solch einer Minderheitenbegegnung bereit? Viele finden, daß die Zeit dafür reif sei, auch zu unangenehmen Fragen Stellung zu nehmen. Oder fürchtet man, daß es zu neuen nationalpolitischen Auseinandersetzungen führen könnte, die die schöne gegenseitige Harmonie verschleiern würde. Das kann doch wohl kaum heute der Fall sein. Nach den vielen Jahren würde es sicher von allen Seiten begrüßt werden, daß man auch die Pakete anfaßt, die früher als zu schwer empfunden wurden. Beide Minderheiten werden sicher einer klaren Antwort mit Interesse entgegensehen.

Frederik Rudbeck

Morten Kamphövener in memoriam

Im Alter von 92 Jahren ist Redakteur Morten Kamphövener, Apenrade, gestorben. Er kam 1889 in Stepping als Sohn eines Landwirts zur Welt. Als kleiner Dorfjunge hat er vermutlich nicht daran gedacht, einmal Journalist zu werden. Die Erlebnisse als Soldat im Kriege, die politischen Umwälzungen in Nordschleswig und sein ausgeprägtes Interesse für politische, historische und heimatliche Dinge haben ihm aber wohl die Feder in die Hand gedrückt.

Nach dem Ersten Weltkrieg war er zunächst bei der Zeitung A. Svenssons in Hadersleben, „Danskere“, und später bei „Vestkysten“ in Esbjerg tätig. 1922 kehrte er nach Nordschleswig zurück. In der Redaktion von „Hejmdal“ erlebte er von 1922 bis 1929 Jahre, die für seinen politischen und journalistischen Werdegang viel bedeutet haben dürften. Der junge Kamphövener kam hier in die Schule Hans Peter Hanssens, dessen Persönlichkeit anregend und prägend auf seine Mitarbeiter wirkte.

Als „Berlingske Tidende“ 1929, also vor über 50 Jahren, in Kolding „Jyske Tidende“ gründete, war Kamphövener dabei. Noch heute wundert man sich darüber, daß es diesem Blatt im Laufe von wenigen Jahren gelingen konnte, sich in Nordschleswig gegenüber der alten, nationalen Venstre-Presse durchzusetzen. Dabei spielte sicher Kamphövener eine gewichtige Rolle, und auch die Tatsache, daß die neue Zeitung nach redaktionellen und nicht in erster Linie nach geschäftlichen Gesichtspunkten geleitet wurde; aber nicht weniger entscheidend dürfte es gewesen sein, daß man es in der Redaktion verstand, der Zeitung nordschleswigsche Züge zu vermitteln. Daran war Morten Kamphövener als Redaktionssekretär in Kolding von 1929 bis 1936 entscheidend mitbeteiligt. Neben Redakteur A. Svensson, der bis 1945 „Jyske Tidende“ als Grenzlandzeitung prägte, ist es unbestreitbar Kamphövener, der „Jyske Tidende“ zu einer vornehmlich nordschleswigschen Zeitung machte.

Dieser Aufgabe konnte er sich seit 1936 als nordschleswigscher Mitarbeiter mit Sitz in Apenrade und seit 1945 als politischer Redakteur ganz besonders widmen. Jahraus, jahrein ist er mit erstaunlichem Fleiß, mit einem ausgeprägten Fingerspitzengefühl und mit einem guten Gehör für die Melodie des Grenzlandes in diesem Sinne am Werk gewesen. Den jungen dänischen Journalisten von heute gegenüber besaß er dabei den Vorteil, Deutschland, deutsche Sprache und deutsche Mentalität nicht nur von außen, sondern auch von innen zu kennen.

Für „Jyske Tidende“ war es sicherlich schwer, einen Nachfolger für Redakteur Kamphövener zu finden. Journalisten für gebrochene Beine und zusammengerasselte Autos findet man überall, aber die Feld-Wald-Wiesen-Journalisten geben der Zeitung nicht das Gesicht. Käme es nur darauf an, könnte man die pressemäßige Betreuung der Hauptstadt- oder in diesem Fall „Jyllandsposten“ übertragen. Es ist eben so, daß er seiner Zeitung das nordschleswigsche Gesicht gegeben hat. Dabei sind vor allem die Nachkriegsjahre sicherlich nicht leicht gewesen, das gilt nicht zuletzt, was die Südschleswig-Politik anbetrifft. Redakteur Kamphövener bekannte sich hier zu dem politischen Erbe H. P. Hanssens. Er schloß sich nicht kritiklos dem großen Chor der eiderdänischen Kreuzritter an.

Schwierigkeiten wird es dabei sicherlich gegeben haben, nicht zuletzt innerhalb der eigenen konservativen Partei. Wer erinnert sich nicht zum Beispiel des

törichten Husarenritts Außenminister Ole Björn Krafts in Washington gegen das Programm Nord? Oder der überspannten romantischen Südschleswig-Hoffnung mancher nationaler Kreise in Dänemark? Hier bemühte sich Kamphövener, soweit es ihm möglich war, seiner Zeitung einen nüchtern abwägenden Kurs zu geben. In der nationalen dänischen Arbeit in Nordschleswig stand er seit vielen Jahren in der ersten Linie. Im Rahmen des dänischen Sprachvereins war er – so stand es im „Nordschleswiger“ – sozusagen Generalstabschef der „Kleinen Kultur offensive“. Nicht zählbar ferner die Fülle der Vorträge und Reden, die er in den Versammlungshäusern gehalten hat, unüberschaubar die Arbeit, die er im stillen für die Festigung des Dänentums in Nordschleswig geleistet hat.

Was das Verhältnis zum Heimdeutschtum betrifft, hat er zwar in den ersten Nachkriegsjahren wilde Auswüchse auch in „Jydske Tidende“ nicht verhindert oder nicht verhindern können, aber er gewann doch sehr bald die Überzeugung und vertrat sie auch, daß man auf dänischer Seite in der sogenannten Rechtsabrechnung weit über das Ziel hinausgeschossen und schwere Fehler begangen hatte. Er gehörte denn auch zu den Fürsprechern z. B. einer vernünftigen Regelung der nordschleswigschen Pensionsfragen. Trotz seines volklich-nationalen Einsatzes trug Redakteur Kamphövener keine nationalen Scheuklappen. Er fühlte sich durchaus von europäischen Gesichtspunkten angesprochen. Als Journalist stand er denn auch mit vielen europäischen Persönlichkeiten in Verbindung, z. B. kannte er eine Reihe deutscher Bundesminister persönlich.

Seine Feder konnte sehr ironisch sein, mitunter rücksichtslos scharf. Sein Humor war hin und wieder bissig. Aus jeder Zeile, die er schrieb, sprach aber die ihm eigene Beobachtungsgabe, die den wahren Journalisten ausmacht. Einer frischen polemischen Fehde ging er nicht aus dem Wege, wobei es ihm sichtlich Freude bereitet, dem Gegner das Fell über die Ohren zu ziehen. Er verabscheute aber das oberflächliche Urteil und wendete sich, wo es möglich war, den Quellen zu. So waren z. B. seinen Artikelserien heimatkundlicher Art oft monatelange Archivstudien vorausgegangen. Daneben fand er noch Zeit für Sonderartikel, Rundfunkvorträge und für die Übersetzung deutscher Bücher ins Dänische.

Morten Kamphövener hinterläßt seine Frau, seinen Sohn Mogens, der Chefredakteur auf Fünen ist, und seine Tochter Lise, die auf Lolland mit einem Hofbesitzer verheiratet ist.

„Der Nordschleswiger“, 10. 8. 1982

*

Auf Alsen geboren – in Amerika gestorben

Einige Bilder aus dem Leben des Dichters Herman Bang, zur 70. Wiederkehr

seines Todesjahres.

Als ich in den heißen Julitagen des Jahres 1914, kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in dem von meinem älteren Bruder bewohnten Pastorat in Atzerballig einkehrte, wurden mir dort einige unbeholfen in die großen Fenster geritzte Schriftzüge gezeigt. Ich entzifferte den Namen „Olivia Bang“ und erfuhr, daß ich mich im Geburtshaus des Dichters Herman Bang befände, das jetzt eine Gedenktafel schmückt. Seitdem sind meine Gedanken oft um dies in das freundliche Grün eines großen Gartens hineingebettete Pastorat gekreist, in der Bangschen Dichtung bekannt als das „Weiße Haus“. Über Olivia, die Schwester des Dichters, hörte ich, sie sei um die Jahrhundertwende in einer Irrenanstalt in Middelfart gestorben.

Herman Bangs Vater, einer angesehenen dänischen Familie entstammend, war nach dem Zusammenbruch der schleswig-holsteinischen Erhebung als Pastor nach Atzerballig gekommen, mußte aber bald wieder Abschied nehmen, noch bevor die Geistlichen, die nicht schleswigscher Abstammung waren, von den neuen Herren nach dem Norden abgeschoben wurden. Herman Bang, geboren am 20. April 1857, stand in seinem siebenten Lebensjahr, als er mit seinen Eltern nach Horsens zog.

Früh aus dem Paradies seiner Kindheit herausgerissen, ist Herman Bang Zeit seines Lebens ein rastloser Wanderer gewesen. Nachdem er die berühmte Ritterakademie in Sorö besucht hatte, bewarb er sich um eine Ausbildungsmöglichkeit beim Königlichen Theater, wurde aber – wie weiland H. C. Andersen – abgewiesen und wurde Schriftsteller. Er gilt heute als einer der bedeutendsten Vertreter des literarischen Impressionismus, als feinsinniger Stimmungskünstler mit einem Hang zum Grübeln.

Der Roman „Hoffnungslose Geschlechter“ spiegelt wohl am deutlichsten Herman Bang als Dichter der Resignation wider. In dem Roman „Stuck“ zeichnet er die Verhältnisse in Kopenhagen in den 80er Jahren, und zwar als Kritiker wie sein Zeitgenosse Holger Drachmann: neue Häuser, neue Straßen, neue gesellige Mittelpunkte, aber alles ist unecht. Das Tempo war zu schnell. Ein echtes Bang-Buch ist auch „Die ohne Vaterland“. Es sind heimatlose Künstler, die nirgends ein Zuhause haben.

Er fühlte sich nur an einer Stelle „zu Haus“, in seinem Kindheitsparadies auf Alsen. In dem Roman „Tine“ stellt er uns die historischen Ereignisse von 1864 in der Empfindungswelt eines einfachen Landmädchens vor. Die Hoffnungslosigkeit der Niederlage überschattet alles. Die Nachricht vom Rückzug aus der Danewerkstellung rührte wie ein Donnerschlag alle dänischen Herzen.

Die Gemüter beruhigten sich auch nicht, als in den nächsten Wochen der Kanonendonner von Düppel über den Alsensund hallte. Tine, die dem Roman den Namen lieh, war die Tochter des Küsters in Atzerballig. Sie wurde die Frau eines

Gutsbesitzers in Schweden und ist 1921 in Helsingborg gestorben.

Beim Blick auf die friedlichen Fluren Alsens verliert er die Lebensangst, die ihn manchmal zu erdrücken drohte. Seiner Erzählung „Das Weiße Haus“ setzt er das deutsche Zitat voran: „Die Kindheit ist der Grundton für das ganze Leben. Die anderen Farben werden nur aufgetragen“. – „Es war ein weißes Haus“, schreibt er „und im Haus waren die Tapeten hell. Zwischen den Mahagonimöbeln standen Marmortische mit weißen Konsolen, die aus Augustenburg gekommen waren, als dort Auktion war. Das Gartenzimmer war so weiß, daß es schimmerte.“

Herman Bang starb fern des Fleckchens Erde, das er so sehr liebte. Ruhelos durchreiste er die Vereinigten Staaten. Eisenbahnbeamte fanden ihn blutend in dem Abteil eines D-Zuges. In dem Krankenhaus der Stadt Ogden hauchte er sein Leben aus. Das war in den ersten Wochen des Jahres 1912.

Harboe Kardel

*

Mehr als 71000 Teilnehmer nahmen Angebote der Bildungseinrichtungen des Deutschen Grenzvereins wahr

Die Bildungseinrichtungen des Deutschen Grenzvereins e. V. im Landesteil Schleswig wurden 1981 von rd. 71000 Teilnehmern in den verschiedensten Kursen, Seminaren und anderen Veranstaltungen besucht. Das gab der Generalsekretär des Grenzvereins, Dr. Armin Schütz, auf der Jahresmitgliederversammlung in der Nachschule Tingleff/Nordschleswig bekannt. Es war das erste Mal seit 1945, daß der Deutsche Grenzverein seine Hauptversammlung in Nordschleswig abhielt. Als Gastgeber hatte Schulleiter Horst Jacobsen bei der Begrüßung die Aufgabenstellung der Nachschule Tingleff erläutert. Neben den Mitgliedern des Grenzvereins waren auch zahlreiche Gäste der deutschen Volksgruppe anwesend.

Der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Minister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger, sprach eingangs in einem Kurzreferat zum Selbstverständnis der Minderheiten. Er ging zunächst grundsätzlich auf die deutschen Minderheiten in Europa ein.

Die Problematik des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit drücke sich „von der Natur der Sache her“ darin aus, daß es immer ein Ungleichgewicht der Macht gebe, „und dies ist allein schon in sich ein latenter Konfliktstoff“, sagte Dr. Schlegelberger. Er ging dann speziell auf die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ein, wobei der Grenzvereinsvorsitzende unterstrich, daß sich deren Angehörige nach 1945 „von gehorsamen zu loyalen Staatsbürgern“ entwickelten. Zur Situation der Volksgruppe in Nordschleswig sprach der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Gerhard Schmidt. Er bedauerte den Ausgang

der Kommunalwahlen, die ein schlechtes Ergebnis für die Volksgruppe brachten, schilderte die Probleme der Landwirtschaft und ging auf die vorerst gescheiterten Bemühungen um ein Folketingskontaktbüro der deutschen Minderheit ein. Schmidt dankte dem Grenzverein für die ideelle Hilfestellung und jeweils gewährte Unterstützung.

Der Chefredakteur der Volksgruppen-Zeitung „Der Nordschleswiger“, Siegfried Matlok, schilderte das Verhältnis zwischen den beiden Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum aus seiner Sicht. Dabei stellte Matlok abschließend fest, daß die Minderheiten von ihrer Bedeutung her „wie Perlen in einer Muschel“ seien,— „sie irritieren manchmal, aber sie schmücken“.

Der Generalsekretär des Grenzvereins, Dr. Schütz, betonte, daß die Bildungseinrichtungen des Vereins die vorhandenen Kapazitäten voll ausgeschöpft und eingesetzt haben. „Unsere Einrichtungen haben durch und mit ihrer Arbeit erreicht, daß 71000 Mitbürger den freiwilligen Entschluß faßten, eine unserer Einrichtungen aufzusuchen“, sagte Dr. Schütz in seinem Geschäftsbericht. Diese freiwillige Entscheidung und die Durchsetzung gegenüber den Konkurrenzangeboten sei ein „überzeugendes Votum“ für die Arbeit des Grenzvereins. Auch das Büchereiwesen im Landesteil Schleswig befinde sich in einer echten Konkurrenzsituation, „nicht nur gegenüber dem Fernsehen, den Illustrierten und Zeitschriften, den gewerblichen Buchverleihen, sondern auch dem expandierenden dänischen Büchereisystem“, sagte Dr. Schütz. Die deutschen Büchereien werden nach seinen Angaben im Landesteil Schleswig von rund 18 Prozent der Bevölkerung benutzt. „Diese wirklich breite Verankerung unserer Arbeit in der Bevölkerung rechtfertigt den Einsatz der öffentlichen Mittel, auch wenn diese immer knapper werden“, meinte der Generalsekretär. Mit dem ablesbaren Erfolg der Arbeit seien die Entscheidungen der politischen Gremien sozusagen also im Rücklauf bestätigt worden.

Dr. Schütz teilte zur Finanzsituation mit, daß in den Jahresprogrammen der einzelnen Einrichtungen jetzt verstärkt Fremd- bzw. Gasttagungen gegenüber Eigenveranstaltungen Aufnahme finden, um eine wirtschaftliche Auslastung zu erreichen und den Haushalt auszugleichen. Zur Zeit liege der Anteil von Fremd- und Eigentagungen noch ausgeglichen bei jeweils der Hälfte. Eine Veränderung zu einem höheren Prozentsatz an Gasttagungen sei jedoch zu erwarten.

Die Jahresrechnung 1981 des Grenzvereins schloß in Einnahmen und Ausgaben mit rund DM 18 Millionen ab. Im Zusammenhang mit dem Etat 1982, der einen ähnlichen Umfang wie 1981 hat, wurde auf der Jahresversammlung mit Bedauern unterstrichen, daß in den Haushalt einfließende Landesmittel wegen der allgemeinen finanziellen Entwicklung teilweise eingefroren oder in einigen Bereichen gar gekürzt werden mußten.

Deutscher Grenzverein e. V., Flensburg

*

Veranstaltungen in der Heimvolkshochschule Leck

Mögliche Interessenten unter unseren Mitgliedern möchten wir auf zwei Veranstaltungen in der Heimvolkshochschule Leck hinweisen, die im letzten Quartal des Jahres 1982 stattfinden:

a) Lernen für die dritte Lebensphase (vom 18. bis 22. Oktober 1982). Das Seminar wendet sich an Arbeitnehmer, die vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben stehen, und versucht, die zukünftige Lebenssituation bewußt zu machen.

b) Feste – Denkpausen im Leben (vom 6. bis 17. Dezember 1982). Das Seminar ist eine Bildungsfreizeit im Advent, in der Fragen nach dem Sinn und der Gestaltung von Festen gestellt und Antworten für die heutige Zeit gesucht werden. Interessenten wollen sich bitte melden in der Heimvolkshochschule Leck Flensburger Straße 18 2262 Leck Telefon (0 46 62) 30 41 oder 30 42